

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Jahresbericht

2006

Impressum

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)
Walter-Flex-Str. 3
53113 Bonn
Tel. (0228) 73-1810, 73-1891
E-mail: imaldona@uni-bonn.de, sekretariat.zeia@uni-bonn.de
Internet: www.zei.de

Bonn, Juni 2007

Vorwort

2006 war ein Jahr der Reflexion für die Europäische Union. Nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und in den Niederlanden über den Europäischen Verfassungsvertrag 2005 hatte die Europäische Kommission der EU eine Denkpause verordnet, die mancher Spötter als Pause vom Denken charakterisierte. Tatsächlich entfaltete sich im Verlauf von 2006 erstmals eine, wenngleich ungeordnete, jedenfalls häufig überraschende Verfassungsdebatte in der EU. Wie nie zuvor wurde über die Verfassung der EU, ihren inneren Zustand, ihre Identität und ihren notwendigen politischen Rahmen diskutiert. Erst verhalten, oftmals unorganisch und jeweils durch eine spezifische nationale Perspektive wurde die Verfassung der EU auf den Prüfstand gestellt. Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung begleitete diesen Diskussionsprozess jenseits der ablehnenden Voten in Frankreich und in den Niederlanden.

Gleichzeitig wuchs auch im Jahr 2006 die weltweite Erwartung an die Europäische Union. In mehr als einem Dutzend Fällen hat die EU unterdessen über die gesamte Welt gestreut Aufgaben der Friedenssicherung und des Post-Konflikt-Managements übernommen. Zur weltwirtschaftlichen Bedeutung der EU als Faktor der Stabilität, gerade auch im Zeitalter der Globalisierung, gibt es keine Alternative. Der Euro hat sich weltweit als Reservewährung etabliert. Die transatlantischen Beziehungen sind 2006 weiter normalisiert worden, denn ohne einen Schulterchluss der über dem Irak-Krieg gespaltenen Partner wird es keinen Erfolg im Kampf gegen den Terrorismus und seine Ursachen geben können.

Das ZEI hat im Verlauf des Jahres 2006 mit zwei Schwerpunkten seine bewährte und weithin geschätzte Arbeit fortgesetzt. Zum einen gingen die Aktivitäten im Bereich der Regulierungs- und Wettbewerbsrechtsfragen mit großer Zielstrebigkeit und präzisiertem Fokus weiter. Das ZEI nimmt einen herausragenden Platz in der europawissenschaftlichen Arbeit mit seinen regulierungswissenschaftlichen juristischen Arbeiten ein. Der Aufbau eines entsprechenden eigenen Studienganges, der in enger Verzahnung mit der Forschungs- und Beratungsaktivität des ZEI stehen wird, konnte entscheidend vorangebracht werden. Nach den zustimmenden Voten des Senats der Universität Bonn wird der neue „Master of European Regulation in Network Industries“ (MERNI) im Jahr 2007 seinen ersten Studienjahrgang aufnehmen. Die wirtschaftswissenschaftliche Arbeit des ZEI hat weiterhin die geldpolitischen Aspekte des fiskalischen Föderalismus in der EU begleitet. Mit der Verbindung juristischer, ökonomischer und politikwissenschaftlicher Akzente sind dem ZEI wiederum in Gestalt seiner Veröffentlichungen und Beratungsaktivitäten Alleinstellungsmerkmale in der Europawissenschaft gelungen, die ihr Echo in der anhaltend hohen Nachfrage von Gastwissenschaftlern gefunden hat, ihre Forschungen zeitweilig im ZEI und häufig in Verbindung mit hausinternen ZEI-Tätigkeiten fortzusetzen.

Zum zweiten hat sich das ZEI weithin einen Namen als ein europawissenschaftliches Institut gemacht, das über den inneren Ablauf der europäischen Integration hinausschaut. Fragen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, das Monitoring der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei und die Stärkung der Forschungskompetenz im Bereich der global vergleichenden Regionalismus-

Forschung fanden weltweite Beachtung. Neben originären Forschungen bereitet das ZEI für 2007 erstmals eine bisher in Europa einzigartige Summer Academy in Comparative Regional Integration vor.

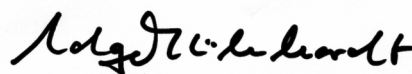
Das Flaggschiff des ZEI ist auch im neunten Jahr seiner Existenz des ‚Master of European Studies‘ Programm. Die weltweite Nachfrage nach den begehrten Studienplätzen hat sich konsolidiert. Die erste Verbleibstudie der bisherigen Master-Fellows ist beeindruckend. Sie bestätigt die Nachhaltigkeit des im ZEI Master-Programm verfolgten Weges.

Dieser Jahresbericht gibt einen Überblick über die wichtigsten Akzente der Tätigkeit des ZEI im Jahr 2006. Erneut erfuhren unsere Mitarbeiter weit gestreute Nachfrage nach ihrer Expertise, die sich in externen Vorträgen, Mediengesprächen und Konferenzeinladungen niederschlug. In der Verbindung praxisorientierter Forschung, Beratung und Weiterbildung wird das ZEI auch in Zukunft seinen Anspruch verfolgen und seinen Auftrag ausüben. Das Rektorat der Universität Bonn hat nach dem Ausscheiden von Prof. Dr. Jürgen von Hagen aus dem ZEI-Direktorium – dem wir für seine Kollegialität und seinen langjährigen Beitrag zur Entwicklung des ZEI von Herzen danken – beschlossen, die wirtschaftswissenschaftliche Forschung im ZEI fortzuführen und das ZEI insgesamt zu stärken. Der interfakultative Verband soll auch weiterhin das Alleinstellungsmerkmal des ZEI bleiben. Mit dieser erfreulichen Rückendeckung der Universität gehen wir gut gerüstet in die nächste Etappe unserer Arbeit.

Bonn, 15. Juni 2007



Prof. Dr. Christian Koenig



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Forschungsgruppen

Forschungsgruppe I: „Europas interne Dimension“

Europäisches Recht

Neben der Veröffentlichung zahlreicher Aufsätze und Beiträge in Fachzeitschriften zu Fragen des Öffentlichen Wettbewerbsrechts stellte insbesondere die Überarbeitung des Lehrbuchs „Europarecht“ (erschienen 2006 im Verlag Mohr Siebeck) in Zusammenarbeit mit Matthias Pechstein und Andreas Haratsch eine wichtige Tätigkeit des Lehrstuhls dar, an welcher die Mitarbeiter der Forschungsprojektgruppe beteiligt waren. Das nunmehr in fünfter Auflage vorliegende Lehrbuch wurde neu gegliedert und aktualisiert. Dazu sind nicht nur die jüngsten Entwicklungen in der europäischen Rechts- und Entscheidungspraxis, sondern auch der Vertrag über eine Verfassung für Europa berücksichtigt worden. Das bewährte System der Merksätze und Prüfungskontrollen sowie ausführlicher Literatur- und Rechtsprechungshinweise wurde beibehalten. Das Stichwortverzeichnis hingegen ist erheblich erweitert und übersichtlicher gestaltet worden. Insbesondere letzteres fiel neben der redaktionellen Hauptverantwortung und der grundlegenden Überarbeitung des EG-Wettbewerbsrechts in die Verantwortung des Lehrstuhls von Prof. Dr. Koenig.

Europäischer Verfassungsprozess und die Ratifikationskrise der Europäischen Verfassung

Mit der Krise zur Ratifikation der Verfassung für Europa und dem Stand der Debatte befasst sich das Discussion Paper C 156/2006: Nina Eschke/Thomas Malick (eds.): The European Constitution and its Ratification Crisis. Constitutional Debates in the EU Member States. Die Krise zur Ratifikation der Verfassung für Europa hat eine einzigartige Debatte in der EU ausgelöst. Im Gegensatz zu dem mancherorts erhobenen Vorwurf, die EU habe die Reflexionsphase nicht optimal genutzt, zeigt das Discussion Paper, dass in ganz Europa lebhaft Diskussionen im Gange sind. Die Autoren, Fellows des ZEI Masterstudiengangs 2005/06, legen den aktuellen Stand der Debatten in allen 25 EU-Mitgliedstaaten und im Europäischen Parlament dar und reflektieren über verschiedene Möglichkeiten zur Lösung der gegenwärtigen Krise. Die einzelnen Beiträge entstanden im Rahmen eines Seminars unter Leitung von ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt. Die Veröffentlichung kann unter http://www.zei.de/download/zei_dp/dp_c156 kostenlos herunter geladen werden.

Die ablehnenden Referenden in Frankreich und den Niederlanden bedeuten nicht das Aus für die Idee einer EU-Verfassung, ganz im Gegenteil: Dank der Krise wird die Debatte in den 25 EU-Ländern so lebhaft geführt wie nie zuvor. Am 18. Juni 2004 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU den Text einer künftigen EU-Verfassung. Sie sollte die Gemeinschaft auch nach der letzten Erweiterungsrunde handlungsfähig erhalten und sie gleichzeitig auf ein neues politisches Niveau heben. Ein knappes Jahr später folgte die Ernüchterung: Im Mai 2005 wurde der Entwurf durch zwei Referenden in Frankreich und in den Niederlanden abgelehnt. Die Krise

hat inzwischen eine einzigartige Verfassungsdebatte innerhalb der EU ausgelöst. Im Gegensatz zu dem mancherorts erhobenen Vorwurf, die EU habe die Reflexionsphase nicht optimal genutzt, zeigt die Publikation des ZEI, dass in ganz Europa lebhaft Diskussionen im Gange sind. Die Kenntnis der verschiedenen Positionen ist unerlässlich, um mögliche Lösungsvorschläge für die aktuelle Krise zu finden.

Junior Fellow Siebo Janssen von der Universität Groningen befasste sich während seines Aufenthaltes am ZEI mit der Ausarbeitung einer geplanten Buchveröffentlichung zur weiteren Entwicklung des EU-Verfassungsprozesses.

Auf Grund der andauernden Ratifikationskrise war auch 2006 die europäische Verfassung und ihre Perspektiven weiterhin zentrales Thema der Forschungsarbeit am ZEI. In Vorträgen und Interviews nahm ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti zu aktuellen Entwicklungen und Vorschlägen Stellung: Wie auch immer der Verfassungsgebungsprozess tatsächlich ausgehen wird; das im Oktober 2004 unterzeichnete Dokument bildet den Referenzpunkt für alle weiteren Beratungen während der Reflexionsphase.

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007

„50 Argumente für Europa“ – so lautet der Titel eines Diskussionsleitfadens der deutschen Bundesregierung zur Ratspräsidentschaft Deutschlands im ersten Halbjahr 2007. Der Leitfaden wurde vom Auswärtigen Amt in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) an der Universität Bonn erarbeitet. Bei der Broschüre handelt es sich um eine Textsammlung, die als Hilfe für all jene gedacht ist, die bei politischen Diskussionen mit Fakten überzeugen wollen und dazu Argumentationshilfen suchen. Sie zeigt auf, wie der Bürger von der Europäischen Union profitiert und will anhand von nachprüfbaren Fakten aufzeigen, welche Vorteile die europäische Integration für die Bürgerinnen und Bürger Europas mit sich bringt. In einer interdisziplinären Arbeitsgruppe unter der Leitung von Prof. Dr. Christian Koenig erarbeiteten Dr. Cordula Janowski (Co-Projektleiterin), Andreas Marchetti, Ulrike Steiner und Martin Zimmek fünfzig Antworten auf die Frage, welchen Nutzen den Bürgern die Europäische Union heute in ihrem täglichen Leben bringt. Sie zeigen Bereiche, in denen die europäische Integration Ergebnisse hervorgebracht hat, die sich direkt auf das Leben der Menschen auswirken. Einige dieser Ergebnisse, wie das Überqueren von Staatsgrenzen ohne Kontrollen und Schlagbäume innerhalb des Schengen-Raums oder das Reisen ohne lästigen und teuren Geldumtausch in der Eurozone, werden zwar mit der europäischen Integration verbunden; sie sind jedoch zugleich selbstverständlich geworden. Andere Vorteile hingegen bringen viele Bürger häufig gar nicht mit der EU in Zusammenhang, so z. B. günstigere Telefontarife und billigere Flüge oder Rechtssicherheit bei Käufen im Internet. Die Sammlung "50 Argumente für Europa" ruft diese Erfolge, die die europäische Integration für ihre Bürger erzielt hat, in Erinnerung, erläutert Einzelheiten und untermauert alle Angaben in rechts-, wirtschafts- und politikwissenschaftlich fundierter Weise. Sie greift außerdem gelegentlich geäußerte Befürchtungen auf und zeigt, wie die EU die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts - Globalisierung, Migration, innere Sicherheit, internationale Konflikte - bereits heute vorausschauend angeht. Am 6. Dezember 2006 stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung zu den Perspektiven der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in

Anwesenheit von Vizekanzler Müntefering, Außenminister Steinmeier und Wirtschaftsminister Glos die Publikation vor und hob die Mitarbeit des ZEI lobend hervor. Der Diskussionsleitfaden sei der zentrale Informationstext der Bundesregierung zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft. ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt ermunterte die Bundesregierung bei dieser Gelegenheit, die Chancen der EU verstärkt in den Vordergrund zu stellen. „Man darf nicht immer nur über die Grenzen der europäischen Einigung diskutieren, will man die junge Generation für diese Idee mobilisieren“, sagte er. Kühnhardt regte die Schaffung eines europäischen Zivildienstes an, um das transnationale europäische Bürgerschaftsverständnis und den Charakter der EU als Wertegemeinschaft mit Leben zu erfüllen. Der Diskussionsleitfaden „50 Argumente für Europa“ ist über das Auswärtige Amt in Berlin zu beziehen. Er kann auch unter www.bundesregierung.de herunter geladen werden.

Zum Auftakt der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 publizierte das ZEI drei Discussion Paper, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der deutschen Außen- und Europapolitik auseinandersetzen. Die Autoren untersuchen dabei sowohl Strukturen und Bedingtheiten des außenpolitischen Handelns der Bundesrepublik als auch die Perspektiven für die kommende Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007.

- Wolfram Hilz: Deutschlands EU-Ratspräsidentschaft 2007. Integrationspolitische Akzente in schwierigen Zeiten (ZEI Discussion Paper C 164/2006). Deutschland wird im ersten Halbjahr 2007 die Ratspräsidentschaft in der EU übernehmen. Ausgehend von einer Analyse der – traditionell – hohen Erwartungen und der Rahmenbedingungen, die Deutschland innerhalb der EU vorfinden wird, plädiert Wolfram Hilz, Professor am Seminar für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, für eine „Führung mit Augenmaß“. Zwar könne die Bundesrepublik keine der anstehenden Aufgaben abschließend bewältigen, doch müsse sie alles daransetzen, begonnene Projekte einem Abschluss näher zu bringen und neue auf die politische Tagesordnung zu setzen.

- Franz-Josef Meiers: Zwischen Partnerschaft und Widerspruch. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit dem 11. September 2001 (ZEI Discussion Paper C 165/2006). Vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts werden die wesentlichen Wegmarken in den deutsch-amerikanischen Beziehungen seit dem 11. September 2001 unter den Bundesregierungen Schröder und Merkel abgesteckt sowie die Ursachen für die dramatische Verschlechterung der Beziehungen zwischen Berlin und Washington im Zuge der Irakkrise und die atmosphärischen Aufhellungen seit dem Regierungswechsel in Berlin im November 2005 diskutiert. Im Schluss werden Möglichkeiten und Grenzen der transatlantischen Zusammenarbeit verortet.

- Christina Tings: The new German European Policy. Challenges to Decentralised EU Policy Coordination (ZEI Discussion Paper C 166/2006). Das Discussion Paper hinterfragt, ob der Regierungswechsel 2005 zu einer neuen deutschen Europapolitik geführt hat. Es vergleicht die Europapolitik der Regierung Merkel mit jener Gerhard Schröders. Ausgehend von der Frage nach Kontinuität und Wandel untersucht das Paper außerdem die institutionelle Struktur deutscher Europapolitik und mögliche Veränderungen.

Andreas Marchetti und Martin Zimmek, wissenschaftliche Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), bereiteten in Koordination mit der Stadt Bonn eine Veranstaltungsreihe im Rahmen des ZEI-Europa-Dialogs vor, die aus

Anlass der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 stattfinden wird. Namhafte Experten aus Wissenschaft, Medien, Politik und Wirtschaft werden in sechs Vorträgen unterschiedliche Aspekte des europäischen Einigungsprozesses und der deutschen Ratspräsidentschaft erläutern.

Institutionen der EU

Valeria Marziali befasst sich in dem ZEI Discussion Paper C 155/2006 mit dem „Lobbying in Brussels. Interest Representation and Need for Information“. Als Zentrum der europäischen Institutionen hat sich Brüssel im Bereich des Lobbying nach Washington D.C. inzwischen zur zweitwichtigsten Stadt der Welt etabliert. Während Interessengruppen ihre Anliegen auf europäischer Ebene vertreten, erhalten die europäischen Institutionen Informationen, Anregungen und Unterstützung, um ihren Funktionen gerecht zu werden. Während dadurch dem Lobbying eine gewisse Funktion zur Legitimität von EU-Politiken zugesprochen werden kann, stellen Kritiker die Frage nach der Transparenz solcher Verflechtung in den Vordergrund. Das Discussion Paper beschreibt die verschiedenen Aspekte des Lobbying in Brüssel und geht zudem der Frage nach, inwieweit Lobbying tatsächlich dazu taugt, das so genannte „demokratische Defizit“ der EU abzubauen.

Dr. Tihomir Cipek, Universität Zagreb, analysierte während seines Gastaufenthaltes am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) das institutionelle Design und die demokratische Legitimität der Europäischen Union an Hand des Europäischen Parlaments und der Europaparteien. Die Hauptthese ist, dass mit den Veränderungen der institutionellen EU Rahmenbedingungen in den 90er Jahren die Bedeutung des Europäischen Parlaments und der Europaparteien in politischen Prozessen der EU gewachsen ist und wieder wachsen wird. Mit der Analyse der Möglichkeiten und Grenzen der Europaparteien und des Europäischen Parlaments, neben den nationalen Parlamenten und Parteien als demokratische Vermittlerinstanzen zwischen den Bürger und den EU-Institutionen zu fungieren, lassen sich Aussagen darüber treffen, inwiefern Europaparlament und Europaparteien im Zuge des fortschreitenden Europäischen Integrationsprozesses einen relevanten Beitrag zur Legitimierung der demokratischen Ordnung der EU leisten. Die Nachforschung zeigt Vorschläge des institutionellen Designs, mit denen versucht wird die demokratische Legitimität der EU zu befestigen. Unter anderem werden die Funktion der nationalen Parlamente in europäischen Entscheidungsprozessen und ihre erfolglosen Bestrebungen durch besondere EU-Ausschüsse ihre legitimierende Funktion zu stärken, gezeigt. In Frage gestellt wird auch die postparlamentarische Strategie der demokratischen Legitimierung, die unmittelbare Übereinstimmung zwischen der Europäischen Kommission und des korporativen Interessenvereins. Obwohl die Netze der Korporationen und Lobbys zur Wirksamkeit entscheidend beitragen, können sie die Funktion des Parlaments nicht ersetzen. Das Europäische Parlament ist der einzige Platz geblieben, an dem die allgemeinen Interessen der Bürger der Union aufgestellt sind. Daher hat es, gemeinsam mit den europäischen politischen Parteien, die entscheidende Funktion die demokratische Legitimität herzustellen.

Regieren in der EU/Legitimität europäischen Handelns

ZEI Senior-Fellow Dr. Jürgen Mittag, Ruhr Universität Bochum, arbeitete im Februar und März 2006 im ZEI an seinem Forschungsprojekt zur "Parlamentarischen

Dimension der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik". Aufbauend auf einer 2002 für das Europäische Parlament zu diesem Thema verfassten Studie wurde im Rahmen des Forschungsaufenthalts zunächst die Fülle der in den letzten drei Jahren zur GASP und ESVP erschienenen Literatur unter besonderer Berücksichtigung der Konstitutionalisierungsdebatte recherchiert und ausgewertet. Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die immer noch begrenzte, gleichwohl deutlich gewachsene Aufmerksamkeit, die dem Europäischen Parlament sowie den nationalen Parlamenten als institutionellen Akteuren in GASP und ESVP, insbesondere im deutschen Sprachraum, zugewendet wird. [Vgl. exemplarisch die Studien von Wolfgang Wagner (2004), Udo Diedrichs (2004) und Daniel Thym (2005)]. Kennzeichen dieser Studien ist es, auf der einen Seite die anhaltende Skepsis gegenüber einer effizienten Mitwirkung des Europäischen Parlaments bzw. der nationalen Parlamente in der ESVP zum Ausdruck zu bringen, auf der anderen Seite aber auch eine Fülle von unterschiedlichen Schlussfolgerungen abzuleiten, die aus dem Mangel einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle von GASP und ESVP resultieren. Besondere Relevanz erfährt in den jüngsten Forschungsbeiträgen dabei die Untersuchung interinstitutioneller Abkommen und der Einfluss der Budgetdebatte. Im Hinblick auf mittlerweile vier abgeschlossene und zehn laufende ESVP-Missionen diente der Forschungsaufenthalt am ZEI in einer zweiten Phase dem Ziel, die Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments in den einzelnen ESVP-Operationen eingehender empirisch zu untersuchen. Hierzu wurden die offiziellen Dokumente seitens der einzelnen Institutionen ausgewertet und ergänzend, während einer zweiwöchigen Interviewphase in Brüssel, zahlreiche Gespräche mit einzelnen Europaparlamentariern und Mitarbeitern der wissenschaftlichen Dienste des Europäischen Parlaments geführt. Mit Blick auf die Ergebnisse dieser Forschungen ist vor allem die Bedeutung der informellen Mechanismen hervorzuheben, die sowohl seitens des Europäischen Parlaments als auch seitens der nationalen Parlamente genutzt werden, um die fehlenden vertragsrechtlichen Beteiligungsmöglichkeiten zu kompensieren. Im Detail hat vor allem das EP eine Fülle unterschiedlicher Strategien und Konzepte zur Steigerung der Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten entwickelt.

Ein Ergebnis seiner Forschungen ist auch das Discussion Paper C 161: Jürgen Mittag, Escaping the Legitimacy-Accountability-Trap? Perspectives of Parliamentary Participation in European Security and Defence Policy (ZEI Discussion Paper C 161/2006): Im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stellt sich mit wachsender Anzahl von ESVP-Missionen nicht nur die Frage nach den zivilen und militärischen Fähigkeiten der Europäischen Union, sondern auch die Frage, welche durch die Bevölkerung legitimierten Institutionen über den Einsatz der Instrumente in der ESVP entscheiden bzw. diesen Einsatz kontrollieren können. Jürgen Mittag stellt in dem Diskussionspapier die bisherigen Arrangements – und Defizite – der ESVP auf europäischer Ebene dar und formuliert zehn Vorschläge, um die derzeit bestehende Kluft zwischen ESVP-Aktivitäten und parlamentarischer Legitimation zu verringern.

Die europäische Integrationsentwicklung

Gemeinsam mit den Kollegen des European Studies Centre des St. Antony's College Oxford (Timothy Garton Ash, Jane Caplan, Jan Zielonka) führte ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt dort im Hilary Term 2006 der Oxford University eine

Seminarreihe zum Thema „European Crises 1945-2005: Challenge and Response in European Integration“ durch. Die Reihe führte einige der führenden deutschen Europawissenschaftler aus der Geschichts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft nach Oxford, wo sie die Erträge ihrer Forschung zu ausgewählten zeitgeschichtlichen Aspekten der europäischen Integration präsentierten und zur Diskussion stellten. Damit konnte ein wichtiger Beitrag zur Präsenz deutscher zeitgeschichtsorientierter Wissenschaft in Großbritannien geleistet werden. Während die positiven Höhepunkte der bisherigen europäischen Integration gut erforscht sind und wichtige Aspekte des Narrativs über die europäische Integrationsentwicklung ausmachen, haben die wichtigsten Krisen des bisherigen Integrationsverlaufs nicht besonders ausführliche Aufmerksamkeit gefunden – vor allem hinsichtlich der Frage nach ihren wesentlichen Folgen. Das Seminar und die daraus erwachsene wissenschaftliche Veröffentlichung stellte daher die Frage nach Funktion und Folgen von Krisen im europäischen Integrationsprozess in den Mittelpunkt der Untersuchungen. Die nur zunächst paradox erscheinende Hypothese fand Bestätigung, der zufolge Krisen in vielen Fällen Motoren des Integrationsfortschritts in Europa gewesen sind. Gefördert vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft konnten so im Einzelnen vortragen:

- Ludger Kühnhardt (Bonn): European integration: Success through crisis (20. Januar 2006)
- Wilfried Loth (Essen): The meaning of failed interwar politics and World War Two as sources of European integration (27. Januar 2006)
- Manfred Görtemaker (Potsdam): The failed European Defence Community as facilitator for the path to European Economic Community (3. Februar 2006)
- Jürgen Elvert (Köln): The institutional paradox: how crises have reinforced integration (10. Februar 2006)
- Jürgen von Hagen (Bonn): Currency crises as door-opener for European Monetary Union (17. Februar 2006)
- Wolfgang Wessels (Köln): Crisis of confidence in “old Europe” after the peaceful revolutions in “new Europe” and why the EU succeeded with its biggest enlargement (24. Februar 2006)
- Mathias Jopp (Berlin): The Balkan crisis as engine for the evolution of European Security and Defence Policy (3. März 2006)
- Michael Gehler (Innsbruck): Crisis of constitution-building as vehicle for a strengthened European public sphere (10. März 2006)

Die Erträge der Seminarreihe werden 2008 im Berg Verlag, Oxford/New York, publiziert werden.

Der Beitrag von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt zu der Oxford University Seminarreihe zum Thema „European Crises 1945-2005: Challenge and Response in European Integration“ wurde gesondert als ZEI Discussion Paper C 157/2006 unter dem Titel „European Integration: Challenge and Response: Crises as Engines of Progress in European Integration History“ veröffentlicht. Die Europäische Union sieht sich im Zusammenhang mit der Ratifikation der europäischen Verfassung in einer neuerlichen Krise. Im bisherigen Lauf der europäischen Integration haben Krisen oftmals – jedenfalls im Lichte einer längerfristigen Betrachtungsweise – oftmals weniger Probleme als vielmehr Motoren zu integrativem Fortschritt dargestellt. Ausgehend von Überlegungen Arnold Toynbees stellt ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt seine These zur Diskussion, wonach gerade der europäische Integrationsprozess aus dem Spannungsverhältnis von „challenge“ und „response“ besteht, Krisen also durchaus dazu imstande sind, positive Wirkungen zu entfalten.

Europäische Identität

Im Rahmen einer regelmäßigen Gastprofessur dozierte Prof. Dr. Ludger Kühnhardt am 14. und 15. Februar 2006 an der Diplomatischen Akademie Wien über „Deutschlands Rolle in Europa“. Besonderes Augenmerk fanden dabei die geänderten Parameter und Erwartungen infolge der Bildung der Großen Koalition in Berlin. Im Verlauf der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft während des ersten Halbjahres 2006 wuchsen die Erwartungen an Deutschlands Rolle bei der Reaktivierung des Prozesses, der zur Verwirklichung der ersten Europäischen Verfassung führen kann. Neben den historischen Aspekten des Themas standen die damit in Zusammenhang stehenden Fragen naturgemäß im Mittelpunkt des Interesses der Studierenden an der Diplomatischen Akademie.

An der „Alta Scuola di Economia e Relazioni Internazionali“ (ASERI) der Katholischen Universität Mailand dozierte Prof. Dr. Ludger Kühnhardt im Rahmen einer regelmäßigen Gastprofessur vom 5. bis 7. April 2006 über „Turning Points in European Integration“. Dabei standen vor allem die Zusammenhänge zwischen exogenen politischen Herausforderungen und den institutionellen Reaktionen der europäischen Integrationsstrukturen im Zentrum der Betrachtung.

Dr. phil. (Universität Bonn), Dr. rer. Pol. (russ.) Swetlana Pogorelskaya, leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Westeuropa und USA des INION an der Akademie der Wissenschaften der Russischen Föderation, Moskau, Russland, hielt sich vom 01. März 2005 bis zum 30. Juni 2006 am ZEI auf. In der Forschungsgruppe I „Europas interne Dimension“ bearbeitete sie ihr Projekt „Außenpolitische Kulturen der EU-Staaten im Vergleich: Deutschland – Frankreich“. Weiterhin verfasste Frau Pogorelskaja ein ZEI-Discussion Paper zum Thema: „Die Bedeutung der deutschen parteinahen Stiftungen für die EU-Politik gegenüber den MOE- und GUS-Staaten“ (C 163/2006) und kam zu folgenden Ergebnissen: Die politischen Stiftungen sind etwas Einzigartiges. Zum einen sind sie innenpolitisch aktiv, zum zweiten treten sie als international agierende Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf und zum dritten sind sie durch ihre Parteinähe in der aktiven Politik vom Parlament bis zur Regierung verankert. Sie sind auf jeder Ebene des politischen Lebens präsent, von der Basis bis in die Staatspolitik. Dank dieser Besonderheiten verfügen die Stiftungen auch über eine breite Palette an Handlungsmöglichkeiten, von der andere NGOs nicht einmal träumen können. In Folge der weiteren politischen Konsolidierung innerhalb der EU und der praktischen Umsetzung der Konzepte der Europäischen Nachbarschaftspolitik gewinnt ihre Arbeit immer deutlichere europäische Dimensionen. In europäischen und an Europa angrenzenden Ländern fördern sie die Annäherung der Länder an die EU. Sie leisten ihre Arbeit oft unter schwierigen politischen Bedingungen, auch dort, wo sich demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse noch nicht vollständig durchgesetzt haben.

Im Rahmen einer Studiengruppe zur Europäischen Identität unter Leitung des EVP-Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, informierte sich ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt über die aktuellen Entwicklungen der Einwanderung nach Spanien. In Gesprächen mit lokalen und nationalen Politikern, religiösen Vertretern und Wissenschaftlern wurden in Sevilla und Cordoba die Fragestellungen erörtert, die sich aus der rasanten Zunahme der Einwanderung nach Spanien ergeben (14.-18. August 2006). Spanien ist

unterdessen das EU-Land mit der größten Einwanderung. Die Bevölkerung Spaniens ist in den vergangenen 15 Jahren von 40 auf 44 Millionen angestiegen – bei gleichzeitig der niedrigsten Geburtenrate in der EU ausschließlich infolge der Migration aus Nordafrika, Osteuropa und Schwarzafrika. Im Kern geht es darum, dass die EU eine gemeinsame Einwanderungspolitik erarbeitet und dabei vor allem Kriterien für die Einwanderung erarbeitet. Dies war das Ergebnis der Fachgespräche, die sich dabei vor allem auch Fragen der künftigen Rolle des Islam in Europa zuwandten.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat auf ihrer Vollversammlung vom 25. bis 28. September 2006 Prof. Dr. Ludger Kühnhardt als Berater der Bischöflichen Arbeitsgruppe Europa, die vom Vorsitzenden der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen und Delegierten der Deutschen Bischofskonferenz in der ComECE, dem Trierer Bischof Prof. Dr. Reinhard Marx, geleitet wird, wiedergewählt. Die ehrenamtliche Tätigkeit dauert bis 2011.

EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Mit der regelmäßigen Herausgabe des ZEI EU-Turkey-Monitor begleitet das ZEI aktiv die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei. Der Monitor erscheint unter Betreuung von ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti und ZEI-Junior Fellow Volkan Altıntaş (Akdeniz Universität, Antalya), der von Februar bis Dezember 2006 am ZEI seinen wissenschaftlichen Forschungen nachging. Obwohl erklärtes Ziel der Verhandlungen die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU ist, steht noch lange nicht fest, ob dieses Ziel tatsächlich je erreicht werden wird. Das in der Märzangabe des Monitors vorgestellte Konzept der abgestuften Integration mochte hier sowohl für Befürworter als auch für Gegner eines Beitritts eine gangbare Alternative darstellen. Des Weiteren stellte der Monitor die Grundlagen des Screening-Prozesses vor und zeigte die – nicht immer wahrgenommene – Gleichbehandlung der verschiedenen Beitrittskandidaten mittels eines Vergleichs des Verhandlungsmandats mit der Türkei und desjenigen mit Kroatien auf. Die Augustausgabe des ZEI EU-Turkey-Monitor widmete sich der Frage nach der „Aufnahmefähigkeit“ der Union, ein Konzept, das zur Zeit viel diskutiert wird. Der ZEI EU-Turkey-Monitor hat daher verschiedene Ansichten zum Thema versammelt, u. a. von den Europaabgeordneten Elmar Brok und Vural Öger. Im November 2006 beschäftigte sich der ZEI EU-Turkey-Monitor schwerpunktmäßig mit der gegenseitigen Wahrnehmung in den Medien und den Bildern des Partners, die beiderseits des Bosphorus existieren. Die Journalisten und Kommentatoren Mehmet Ali Birand und Thomas Gutschker geben ergänzend Einblick in ihre journalistische Arbeit. Darüber hinaus liefert die Ausgabe eine erste Analyse des Fortschrittsberichts über die Türkei, den die Kommission am 8. November 2006 vorgestellt hat. ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti hat auf zahlreichen Tagungen über den aktuellen Verhandlungsprozess gesprochen und die gegenwärtigen Probleme, Perspektiven und Chancen des Prozesses thematisiert. Er war zudem Ansprechpartner für die Medien und hat u.a. für „derStandard.at“, die Bundeszentrale für politische Bildung und „europa-digital.de“ Interviews zum Thema gegeben. Im ZEI EU-Turkey-Monitor hat er kontinuierlich die wichtigsten Ereignisse in den beiderseitigen Beziehungen einer ersten Analyse unterzogen.

Seit April 2006 ist ZEI-Junior Fellow Volkan Altıntaş (Akdeniz Universität, Antalya) Mitglied der Arbeitsgruppe "Turkish-German cooperation", einer Initiative des

Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die wissenschaftlich- technologische Kooperation zwischen der Türkei und Deutschland hat eine lang andauernde Tradition. Diese gewann neuen Antrieb, als die Türkei im Oktober 2002 volles und zahlendes Mitglied des sechsten Rahmenprogramms der EU (Sixth Framework Programme of the EU, FP6). Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Kommunikation zwischen Forschern in der Türkei und in Deutschland, die an gemeinsamen Projekten interessiert sind, zu unterstützen. Besonders, aber nicht ausschließlich, werden Projekte mit Relevanz für das sechste Rahmenprogramm der EU (FP6) unterstützt. Herr Altintas ist während seines Aufenthaltes am ZEI ebenfalls Mitglied der Regional Studies Association (RSA) und der Deutschen Gesellschaft für Tourismuswissenschaft e.V. geworden. Zusammen mit ZEI Mitarbeiter Andreas Marchetti verfasste er den Bericht „The Screening Process – Initiating Negotiations“ im ZEI EU-Turkey-Monitor 2,1 (2006), S. 3. Im Mai 2006 veröffentlichte Herr Altintas im „Akdeniz University Communication Magazine“ den Artikel „Eurodoc Genel Kurulun Türkiye Temsilcisi Akdeniz Universitesi’nden“ (dt.: „Der Vertreter der Türkei in der EURODOC-Generalversammlung ist von der Akdeniz Universität“). Außerdem verfasste er, zusammen mit Sibel Mehter Aykin von der Akdeniz University, für das Buch „Tourism in the new Europe: Perspectives on SME Policies and Practices“ (Eds. Rhodri Thomas, Marcjanna Augustyn. Elsevier, 2007) ein Kapitel zum Thema „Tourism SMEs in an Aspirant Member State: Turkey“.

Im Rahmen eines Aufenthaltes als Gastforscher am ZEI im Juli 2006 beschäftigte sich Prof. Dr. Hüseyin Bağcı von der Bilkent University Ankara, als Altstipendiat der Konrad- Adenauer- Stiftung, mit seinem Projekt zum Thema „Die deutsch-türkischen Beziehungen seit Angela Merkels Wahl“. Der Gastforscher traf sich in dieser Zeit in Bonn zum Gedankenaustausch mit vielen Persönlichkeiten, die in Verbindung mit seinem Projekt stehen.

Die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen

Mit dem Dissertationsprojekt „Erwerbswanderungen in der erweiterten Europäischen Union am Beispiel der Arbeitsmigration aus Polen (Arbeitstitel), Promotoren: Prof. Dr. Klaus-Achim Boesler und Prof. Dr. Ludger Kühnhardt von Dipl.-Geogr. Janusz Musial (seit 1.10.2002), wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, soll ein nach der Überwindung der West-Ost-Trennung 1989 und der folgenden Liberalisierung im Reiseverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und den Ländern Mitteleuropas beobachtetes Phänomen der periodischen erwerbsorientierten Wanderung aus Polen nach Deutschland untersucht werden. Am Beispiel und der Analyse der Arbeitsmigration aus dem Gebiet „Oppelner Schlesien“ im Südwesten Polens nach Deutschland unter unterschiedlichen wirtschaftlich-politischen Gegebenheiten vor und nach dem Beitritt Polens in die Europäische Union am 1. Mai 2004 soll ein mögliches Migrationsszenario für die durch Richtlinien der Europäischen Union angesetzte Liberalisierung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den neuen in die alten EU-Mitgliedsstaaten in 2011 aufgestellt werden.

Ausgehend von der These, dass die gegenwärtigen Voraussetzungen für die Migration in den *home*-Gebieten, die so genannten *push*-Faktoren und die Anziehungsimpulse, die *pull*-Faktoren in den Zielgebieten für die Akteure der Wanderung in der nahen Zukunft bestehen bleiben, soll bewiesen werden, dass die temporären Migrationsströme mit ökonomischem Hintergrund zu einem der

Begleiterscheinungen des Kohäsionsprozesses zwischen den neuen und den alten Mitgliedsländern der EU werden wird. Drei wichtige Merkmale spielen dabei eine entscheidende Rolle: Die gravierenden Divergenzen im Einkommensniveau in den Quell- und den Zielgebieten der Migranten mit einhergehender ökonomischer Attraktivität der Migration, die Überwindung der geographischen Distanz durch effiziente Transportmöglichkeiten, die Flexibilität und Mobilität der Akteure der Migration. Die aufgestellte These wird unter anderem durch Auswertung der eigenen Untersuchungen untermauert, die im Quellgebiet der Migration regelmäßig seit 2001 durchgeführt werden. Der Abschluss ist für die erste Jahreshälfte 2007 geplant.

Europa und die Benelux-Staaten

Junior Fellow Siebo Janssen von der Universität Groningen schrieb während seines Aufenthaltes am ZEI an einem Aufsatz zur niederländischen Christdemokratie und ihrer Europapolitik zwischen 1945 und der Gegenwart (erscheint im Herbst 2006). Desweiteren bereitete er eine Buchpublikation zum Thema: „Politische Geschichte Belgiens seit 1830“ vor. Vom 15. April bis zum 15. Juli 2006 führte er ein Seminar zum Thema „Staat – Nation – Ethnie: Zur Genese und Lösung ethnischer Konflikte“ am Institut für Politische Wissenschaften der Universität zu Köln durch.

Das Europaministerium in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen bat Prof. Dr. Ludger Kühnhardt um die Abfassung eines Gutachtens über die Möglichkeiten einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und den Benelux-Ländern. Das Gutachten kam in seiner Bestandsaufnahme zu folgendem Schluss: Das bevorstehende Auslaufen des Benelux-Vertrages von 1958 eröffnet die Möglichkeit, eine Erneuerung der intensiven europapolitischen Zusammenarbeit zwischen den ursprünglichen Benelux-Partnern unter Einbeziehung von Nordrhein-Westfalen anzustreben. Ziel sollte es sein, dem weiteren Fortgang der europäischen Integration durch weitsichtig angelegte und kohärent auf die Benelux-NRW-Region konturierte Initiativen vorzuarbeiten. So wie der Benelux-Vertrag die später für die gesamte EU verbindlichen Ziele einer Wirtschafts- und Währungsunion vorweggenommen hat, könnte eine neue Rahmenvereinbarung zwischen Benelux und NRW den weiteren Weg der Europäischen Union vorzeichnen. Als Ziel einer solchen europäischen Zusammenarbeit entwickelte das Kurzgutachten eine Strategie der drei Säulen: a) Stärkung der regionalen Zusammengehörigkeit in der Benelux-NRW-Region, b) Optimierung der Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Integrationsverdichtung in der Benelux-NRW-Region, c) Ausweisung innovativer Impulse für die Weiterentwicklung der EU in ihrem nordwesteuropäischen Kerngebiet durch die Europäisierung des Sozialstaates und die Konkretisierung der Bürgerunion. Das Kurzgutachten beleuchtete die drei für die Zielsetzung relevanten Säulen und präsentierte konkrete Vorschläge und Ideen, die in gemeinsame Projekte der Partner in Benelux und NRW einmünden könnten. Es verdeutlichte, wie durch die konkrete Ausfüllung bestimmter Handlungsfelder mit innovativen und weit in die Zukunft hineinwirkenden Impulsen die grundsätzliche Vision der Stärkung der europäischen Einigung durch die Partner in Benelux und NRW vorangetrieben werden und darin zugleich Anregung für andere Regionen in der Europäischen Union geben können. Das Kurzgutachten versteht sich als Anregung, um politische und gesellschaftliche Prozesse zu unterstützen bzw. zu initiieren. Im Kern geht es darum, die europäische Einigung in der nordwesteuropäischen Kernregion in der heutigen Zeit in angemessener Form so voranzubringen wie dies seinerzeit mit der Verabschiedung

des Benelux-Vertrages gelungen ist. Heute geht es mehr denn je darum, die Bürger unmittelbar in den Prozess der Zusammenarbeit und Integration einzubeziehen und jene Bereiche der sozialen Daseinsvorsorge zu berücksichtigen, die bislang im Zuge der europäischen Integration unterbelichtet geblieben sind.

Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme

Die Gestaltung eines sich neu herausbildenden Föderalismus in Europa gehört ebenso zu den dringlichen Themen der aktuellen, wirtschaftspolitischen Diskussion wie die Reform des Föderalismus in der Bundesrepublik. Im Jahr 2003 richtete die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein Schwerpunktprogramm „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theoretische und empirische Aspekte“, das von Prof. Dr. Jürgen von Hagen als Sprecher koordiniert und geleitet wird. Der Forschungsschwerpunkt wurde Anfang 2007 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft evaluiert und für eine weitere Förderungsperiode verlängert.

Das ZEI veranstaltete gemeinsam im Dezember 2006 einen weiteren Workshop des Forschungsschwerpunkts. Dabei trugen die Teilnehmer des Forschungsschwerpunkts Ergebnisse aus ihren Projekten vor.

Am ZEI werden im Rahmen dieses Schwerpunktprogramms zwei Projekte bearbeitet. Junior Fellow Daniela Treutlein beschäftigt sich mit der Frage, wie weit die politische Integration in Europa fortgeschritten ist. Ziel ihres Projekts, das gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Thomas König, Speyer, konzipiert und durchgeführt wird, ist die Entwicklung eines empirischen Maßes für politische Integration in der EU. Dieses Maß stützt sich auf den Anteil nationaler Gesetzgebung, der in der Übertragung von EU Recht in nationales Recht besteht. Durch Betrachtung der Entwicklung dieses Maßes über die Zeit und den Vergleich unterschiedlicher Länder sollen Determinanten des Prozesses der politischen Integration empirisch erfaßt werden.

Junior Fellow Michael Evers befaßt sich in einem zweiten Projekt mit der Makroökonomik des Finanzausgleichs in einem föderalen System. Ziel seiner Arbeit ist die Entwicklung eines dynamischen, makroökonomischen Modells einer Föderation und Währungsunion, mit dessen Hilfe die wohlfahrtsökonomischen Eigenschaften eines Finanzausgleichssystems analysiert werden können. Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, wie eine optimale Gestaltung eines Finanzausgleichs zur makroökonomischen Stabilisierung erreicht werden kann.

Im Auftrag des Forums of Federations (Toronto), eines von den Föderalstaaten der Welt getragenen Forschungsinstituts, erarbeitete ZEI Direktor Jürgen von Hagen gemeinsam mit Prof. Lars P. Feld (Heidelberg) eine Studie zum Reformbedarf und zu Reformansätzen des Föderalismus in Deutschland. Lars Feld trug diese Studie bei der Jahrestagung des Forums in Brasilien im Dezember vor.

Wirtschaftspolitischer Wettbewerb

In der wirtschaftspolitischen Debatte um die institutionelle Entwicklung der EU nimmt die Frage um des Verhältnisses der verschiedenen wirtschaftspolitischen Systeme in

den Mitgliedsländern zueinander einen breiten Raum ein. Diese Debatte hat mehrere Facetten. Ein Teil der Diskussion konzentriert sich auf die Frage, inwieweit die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer im Wettbewerb zueinander stehen können oder harmonisiert und koordiniert werden müssen. Ein zweiter Teil der Diskussion betrachtet die Notwendigkeit eines fiskalischen Verbunds der Mitgliedstaaten der Währungsunion nach dem Muster des deutschen Finanzausgleichs zur Sicherung von Beschäftigungsstabilität in den einzelnen Mitgliedsländern. Ein dritter Teil befasst sich mit dem Problem des Steuerwettbewerbs in Europa. In einem vierten Teil schliesslich geht es um die Entwicklung der lokalen Gebietskörperschaften in Europa und mit ihr Verhältnis zu den übergeordneten politischen Ebenen in der Union. Das ZEI führt seit 1997 ein breit angelegtes Forschungsprogramm durch, das Beiträge zu diesen Forschungsfragen leistet.

Die Diskussion um Wettbewerb versus Harmonisierung der wirtschaftspolitischen Ansätze und Systeme in der EU betrachtet die Frage, wie unterschiedliche Systeme z. B. der Arbeitsmarktregulierung in den Mitgliedstaaten nebeneinander bestehen können. Populäre Argumente behaupten, die europäische Integration führe zu Wettbewerb der Systeme ähnlich dem Marktwettbewerb zwischen den Anbietern eines Gutes. Die Analogie führt zu dem Schluss, dass sich das jeweils beste wirtschaftspolitische System bewährt.

Die einfache Analogie hält jedoch näherer Überprüfung nicht stand. Anders als auf Märkten für Güter- und Dienstleistungen gibt es im Wettbewerb der wirtschaftspolitischen Systeme keine klaren, wirtschaftlichen Anreizstrukturen und keine wohldefinierten Zu- und Austrittsrechte. Die Marktalogie greift daher nicht. Dr. Martin Seidel, Senior Fellow des ZEI hat sich in mehreren Beiträgen mit dem Problem einer angemessenen Wettbewerbsordnung für den Systemwettbewerb auseinandergesetzt. Senior Fellow Klaus Büniger arbeitet ebenfalls über dieses Thema.

Koordination der Wirtschaftspolitik in der Währungsunion

Die EU hat zur Koordination inzwischen eine Reihe von Mechanismen wie Wirtschaftspolitische Richtlinien, Luxemburg Prozeß, Cardiff Prozeß und Köln Prozeß geschaffen, die unterschiedliche Aspekte der Wirtschaftspolitik abdecken. Inwieweit dies jedoch in der Lage ist, die grundlegende Aufgabe zu lösen, eine konsistente Wirtschaftspolitik zu liefern, ist umstritten. Susanne Mundschenk und Jürgen von Hagen arbeiten in einem gemeinsamen Projekt an der Analyse der wirtschaftspolitischen Aspekte dieser Frage. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Entstehung von wirtschaftspolitischen „Klubgütern“ in der Europäischen Währungsunion. Klubgüter sind wirtschaftspolitische Größen wie der gemeinsame Wechselkurs und die gemeinsame Inflationsrate, an denen alle Teilnehmer der Währungsunion gemeinschaftlich partizipieren. Diese Klubgüter erfordern eine neue Definition wirtschaftspolitischer Verantwortlichkeiten in der Währungsunion. In einer Reihe gemeinsamer Arbeiten und Vorträge diskutieren Junior Fellow Susanne Mundschenk und Professor Dr. Jürgen von Hagen die bisherigen Mechanismen und Prozesse zur Koordination der Wirtschaftspolitik. Sie argumentieren, daß die bestehenden Mechanismen zu wenig auf die speziellen Probleme der Währungsunion zugeschnitten sind. Aufgrund ihrer institutionellen Gestaltung ist zu vermuten, dass diese Prozesse weitgehend ineffektiv bleiben werden. Dies liegt nicht zuletzt an der Beschränkung der Koordination auf den bloßen Austausch von

Absichtserklärungen und der mangelnde Möglichkeit zu bindenden Absprachen. Die wirtschaftspolitische Koordination ist auch Gegenstand der Arbeit einer internationalen Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern und Politikern an dem neuen Brüsseler Forschungsinstitut BRUEGEL, an der Prof. von Hagen teilnimmt. Diese Gruppe erarbeitet einen Bericht zu den Erfahrungen der ersten 10 Jahre der Währungsunion.

Forschungsgruppe II: „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Energierecht

Die Forschungsgruppe Energierecht begleitete im Jahr 2006 insbesondere die mit der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes einhergehenden rechtlichen Umgestaltungen im Energiesektor durch Publikationen, Veranstaltungen und Beratungstätigkeiten. Das deutsche Energiewirtschaftsgesetz trat in Umsetzung der auf europäischer Ebene im Jahr 2003 verabschiedeten Beschleunigungsrichtlinien für Strom und Gas am 13. Juli 2005 in Kraft. Im Jahr 2006 wurden erste Anwendungserfahrungen mit dem neuen nationalen Rechtsrahmen gemacht, die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben ist weiter vorangeschritten. Beispielsweise sind die ersten Entgeltgenehmigungsverfahren vor der Bundesnetzagentur sowie vor den Landesregulierungsbehörden durchgeführt worden. Hierzu sind bereits einstweilige Beschlüsse durch die zuständigen Gerichte, insbesondere durch das OLG Düsseldorf ergangen. Am 30. Juni 2006 hat die Bundesnetzagentur einen Bericht zur Einführung der Anreizregulierung nach § 21a EnWG veröffentlicht. Im August 2006 wurde der erste Monitoringbericht der Bundesnetzagentur nach § 63 Abs. 4 i. V. m. § 35 EnWG der Öffentlichkeit vorgestellt. Ende Oktober 2006 sind die auf Grundlage des EnWG ergangenen Grundversorgungs- sowie Netzanschlussverordnungen in Kraft getreten. Derzeit ist eine „Gemeinsame Richtlinie der Regulierungsbehörden des Bundes und der Länder zur Umsetzung der informatorischen Entflechtung nach § 9 EnWG“ in der Diskussion, deren erster Entwurf im November 2006 veröffentlicht wurde.

Die Energiegespräche in Bonn am 2. Mai 2006 im Gästehaus Petersberg beschäftigten sich mit dem höchst aktuellen Thema „Unbundling und Anreizregulierung – neuralgische Punkte und praktische Modelle“. Veranstaltet wurden die Energiegespräche vom Studienkreis „Regulierung der Netzwirtschaften“ im ZEI an der Universität Bonn, dessen Sprecher Prof. Dr. Christian Koenig (Direktor am ZEI), Prof. Dr. Jürgen Kühling (Institutsleiter des Zentrums für angewandte Rechtswissenschaft, Universität Karlsruhe) und RA Dr. Christian Theobald (Becker Büttner Held, Berlin) sind. Im Rahmen des Studienkreises „Regulierung der Netzwirtschaften“ arbeitet ZEIa mit dem Zentrum für angewandte Rechtswissenschaft, Universität Karlsruhe, zusammen. Gerade die Vorstellung der Referenten zu ihren Erfahrungen in der Praxis, insbesondere zur Realisierung des Gleichbehandlungsprogramms und der Darstellung möglicher Ausgestaltungen einer Anreizregulierung, waren Gegenstand reger Diskussionen. Die erste Hälfte der Veranstaltung war aktuellen Fragen zum Unbundling gewidmet. So leitete Prof. Dr. Koenig die Veranstaltung mit einem Vortrag zum Thema „Unbundling in vertikal integrierten Unternehmen“ ein. Im Anschluss stellte Dr. Peter Stelzner,

Gleichbehandlungsbeauftragter verschiedener Unternehmen der RWE Energy Gruppe, Wesel, ein Umsetzungskonzept aus praktischer Sicht dar. Hierbei konnten die Teilnehmer der Veranstaltung Einblicke gewinnen, wie die gesetzlichen Vorgaben praktisch umzusetzen sind. Im Anschluss an den Vortrag übte Dr. Alfred Richmann, VIK, Essen, Kritik an dem vorgetragenen Umsetzungskonzept und unterbreitete Gegenvorschläge aus Sicht der industriellen Netzkunden. Nicht nur diese Vorträge wurden bei der anschließenden Paneldiskussion, die Prof. Dr. Koenig und Martin Czakainski, Chefredaktion Energiewirtschaftliche Tagesfragen, moderierten, kritisch beleuchtet. Teilnehmer des Panels „Gleichbehandlungsprogramme – Sein und Schein der Unbundling-Konformität“ waren Karsten Bourwieg, Bundesnetzagentur, Bonn, Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke, Universität Köln, Robert Klotz, Europäische Kommission, Brüssel, Dr. Richmann und Dr. Stelzner. Ein besonderes Highlight der Veranstaltung war der den zweiten Themenblock einleitende Vortrag zur Anreizregulierung von Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur, Bonn. Gerade vor dem zu diesem Zeitpunkt noch ausstehenden Bericht der Bundesnetzagentur zur Einführung der Anreizregulierung wurde dieser den Standpunkt der Bundesnetzagentur verdeutlichende Vortrag von den Teilnehmern der Veranstaltung mit Spannung verfolgt. Dieser zweite Themenbereich wurde mit einer Darstellung der Vorteile der Anreizregulierung durch Dr. Oliver Franz, WIK Consult GmbH, Bad Honnef, fortgeführt. Im Anschluss berichtete Dr. Joachim Müller-Kirchenbauer, Bundesnetzagentur, Bonn, unter dem Titel „Anreizregulatorisches Werkstattgeflüster“ detailliert vom Stand der Arbeit in der Bundesnetzagentur. Die Veranstaltung schloss mit einer von Dr. Theobald moderierten Paneldiskussion zu den Herausforderungen der Anreizregulierung. Teilnehmer dieses Panels waren Andreas Böwing, RWE Energy AG, Dortmund, Prof. Dr. Georg Erdmann, TU Berlin, Franz, Müller-Kirchenbauer, Richmann und Dr. Stephan Schönefuß, E.ON AG, Düsseldorf. Die Energiegespräche in Bonn zeichneten sich im Jahr 2006 durch höchste Aktualität aus; so wurden während der gesamten Veranstaltungen rege Diskussionen über die neuralgischen Punkte und praktischen Modelle geführt.

Im Bemühen, den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis weiter zu fördern, hat der Studienkreis die Arbeit des im Jahr 2004 gegründeten Arbeitskreises „Netzzugang und Entgeltregulierung“ erfolgreich fortgeführt. Vertreter der Energie-, Telekommunikations- und Verkehrswirtschaft diskutierten gemeinsam mit Vertretern der Wissenschaft, der nationalen Regulierungs-, Wettbewerbs- und Aufsichtsbehörden sowie der Europäischen Kommission aktuelle Fragen der Regulierung auf einer Arbeitskreissitzung im März 2006. Thema der Veranstaltung in den Konferenzräumen des ZEI war die Problematik langfristiger Gaslieferverträge. Im Anschluss an das Impulsstatement des Referenten Dr. Carsten Becker, Bundeskartellamt, Bonn, erfolgte eine gewohnt intensive und kontroverse Diskussion. Vorstand des Arbeitskreises sind Dr. Cara Schwarz-Schilling, Bundesnetzagentur, Robert Klotz, Europäische Kommission, und Prof. Dr. Christian Koenig, Direktor des ZEI.

Die diesjährigen Energiegespräche in Berlin am 29. November 2006 im Presse- und Besucherzentrum wurden unter dem Titel „Ein Jahr Regulierung Strom und Gas – Rückblick und Ausblick“ veranstaltet. Auch diese Energiegespräche wurden vom Studienkreis Regulierung der Netzwirtschaften im ZEI an der Universität Bonn in Kooperation mit dem Zentrum für angewandte Rechtswissenschaft, Universität Karlsruhe und Becker Büttner Held, Berlin, veranstaltet. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit dem „Zwischenbericht ein Jahr Regulierung“ von Dr. Christian

Theobald, Becker Büttner Held, Berlin. Im Anschluss diskutierten die Podiumsteilnehmer Michael Wübbels, VKU, Dr. Peter Becker, BBH Marburg, Klaus-Peter Schultz, Bundesnetzagentur, Peter Franke, Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr, NRW und Prof. Dr. Dr. Dr. Franz-Jürgen Säcker, Institut für Energierecht, Freie Universität Berlin unter Moderation von Prof. Dr. Koenig die Frage, was die Regulierung gebracht hat. Ferner stellte Peter Faross, Europäische Kommission, Brüssel, den Stand der Umsetzung in den Mitgliedstaaten aus Sicht der Europäischen Kommission dar; Dr. Hans-Christoph Pape, Bundeswirtschaftsministerium Berlin, führte eine Bestandsaufnahme aus Sicht seines Ministeriums durch und zeigte nächste Entwicklungen auf. Abgerundet wurde diese Veranstaltung durch eine energiepolitische Podiumsdiskussion mit den energiepolitischen Sprechern der CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen.

Eisenbahnrecht

Die Forschungsgruppe Eisenbahnrecht begleitete im Jahr 2006 insbesondere die mit der Novellierung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes einhergehenden rechtlichen Umgestaltungen im Eisenbahnsektor durch Publikationen, Veranstaltungen und Beratungstätigkeiten. Das Allgemeine Eisenbahngesetz wurde 2005 in Umsetzung des ersten und zweiten Eisenbahnpaketes auf europäischer Ebene mehrfach geändert. Aktuell wird auf europäischer Ebene bereits ein drittes Eisenbahnpaket diskutiert, mit dessen Erlass 2007 zu rechnen ist. In Anbetracht der auftauchenden Fragen auf diesem – regulierungsrechtlich betrachtet noch „jungen“ – Netzwirtschaftssektor hat der Studienkreis Regulierung der Netzwirtschaften 2006 den Arbeitskreis „Netzzugang in der Eisenbahnwirtschaft“ gegründet, der die besonderen Probleme dieses Sektors begleiten soll. Der Arbeitskreis steht im Bemühen, den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis weiter zu fördern. Vorstand des Arbeitskreises sind Margret Schellberg, ZEI, Horst-Peter Heinrichs, Bundesnetzagentur, und Prof. Dr. Christian Koenig, ZEI. Die „Kick-Off“-Sitzung des Arbeitskreises fand am 23. Mai 2006 in den Konferenzräumen des ZEI statt. Als Referentin für das Eingangsstatement zum Thema „Entgeltregulierung“ konnte Dr. Iris Henseler-Unger, Vizepräsidentin der Bundesnetzagentur, Bonn, gewonnen werden. Neben Fragen der Entgeltregulierung wurden im Anschluss an das Eingangsstatement eine Reihe praktischer Probleme rege und kontrovers diskutiert. Auf der zweiten Sitzung des Arbeitskreises am 16. Oktober 2006 referierte Arnd Schäfer, BAG SPNV e.V., Berlin, zum Thema „Infrastrukturqualität und performance regime“. Vertreter der Eisenbahn-, Energie- und Telekommunikationswirtschaft diskutierten gemeinsam mit Vertretern der Wissenschaft, der nationalen Regulierungs-, Wettbewerbs- und Aufsichtsbehörden sowie der Europäischen Kommission die Fragen dieses Themenbereiches, beispielsweise, ob ein Eisenbahnverkehrsunternehmen, das den gleichen Preis wie ein Wettbewerber für eine regional anders gelegene Infrastruktur bezahlt, einen Rechtsanspruch auf eine gleiche Qualität der Infrastruktur hat. Abgerundet wurde die Arbeit der Forschungsprojektgruppe durch zahlreiche Veröffentlichungen.

Europäisches Telekommunikationsrecht

Die Arbeit der Forschungsgruppe „Europäisches Telekommunikationsrecht“ stand im Jahr 2006 ganz im Zeichen der laufenden Reformvorhaben im Bereich des deutschen und europäischen Telekommunikationsrechts: Auf nationaler Ebene

wurde mit dem Gesetz zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Vorschriften eine umfassende Novellierung des erst 2004 in Kraft getretenen neuen Telekommunikationsgesetzes (TKG) vorbereitet, während auf europäischer Ebene bereits mit der Überarbeitung des dem TKG zugrunde liegenden europäischen Rechtsrahmens für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste begonnen wurde („Review of the EU regulatory framework“). Die Forschungsgruppe „Europäisches Kommunikationsrecht“ konnte hierbei in besonderem Maße ihre Expertise an der Schnittstelle zwischen gemeinschaftlicher Rechtssetzung und mitgliedstaatlicher Rechtsanwendung einbringen: Hinsichtlich der Reform des deutschen Telekommunikationsrechts bildete die Identifizierung bestehender Gestaltungsspielräume des mitgliedstaatlichen Gesetzgebers eine zentrale Rolle, da der europäische Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste eine ganz neue Ausprägung administrativer Kooperation in Form eines europäischen Regulierungsverbundes zwischen den nationalen Regulierungsbehörden und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften hervorgebracht hat. Diese spezifisch telekommunikationsrechtliche Justierung der Zusammenarbeit zwischen europäischer und mitgliedstaatlicher Ebene evoziert gleichermaßen ganz neue Herausforderungen für die Tätigkeit der mitgliedstaatlichen Gesetzgeber und damit für die Gewaltenteilung auf mitgliedstaatlicher Ebene, die bei der Frage, wer auf dieser Ebene über die Ausgestaltung konkreter Regulierungseingriffe letzten Endes entscheidet, von erheblicher praktischer Relevanz wird. Die Forschungsgruppe hat sich publizistisch an der Diskussion über diese grundsätzliche Fragestellung beteiligt, was u. a. dazu führte, dass die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrates in dem laufenden Gesetzgebungsverfahren ausdrücklich auf eine Veröffentlichung der Forschungsgruppe Bezug nahm (BT-Drs.16/2581, 41). Zugleich ermöglichte es die laufende Befassung mit der mitgliedstaatlichen Implementierung des europäischen Rechtsrahmens der Forschungsgruppe, die Defizite und Anwendungsschwierigkeiten der gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben zu identifizieren und die hieraus gewonnenen Erfahrungen in die öffentliche Diskussion um die Reform dieses Rechtsrahmens einzubringen. Dies geschah namentlich durch eine Stellungnahme zur Überprüfung des Rechtsrahmens der Europäischen Gemeinschaft zur elektronischen Kommunikation als Reaktion auf eine entsprechende öffentliche Aufforderung der Kommission („Call for Input on the forthcoming review of the EU regulatory framework for electronic communications and services including review of the Recommendation on relevant markets“). Einen weiteren Schwerpunkt der Forschungstätigkeit im Sektor der elektronischen Kommunikation bildete die regulatorische Behandlung so genannter „neuer Märkte“. Hier stellen sich mit dem letzten Endes dahinter stehenden Zielkonflikt zwischen der Erhaltung von Innovationsanreizen und der Eindämmung von Marktmachtmissbrauchspotentialen komplexe Fragen an der Schnittstelle zwischen Recht und Ökonomie. Die Forschungsgruppe „Europäisches Telekommunikationsrecht“ hat hierzu mehrfach durch Veröffentlichungen Stellung genommen. Dabei divergierten innerhalb der Forschungsgruppe selbst die Auffassungen zum Verständnis der geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen und der rechtspolitisch gebotenen Maßnahmen, was dem wissenschaftlichen Ertrag der diesbezüglichen Forschungstätigkeit in besonderem Maße zuträglich war.

Die Publikationstätigkeit der Forschungsgruppe war im Jahr 2006 primär auf die dargestellten Forschungsschwerpunkte fokussiert, zu denen in zahlreichen Aufsatzveröffentlichungen dezidiert Stellung bezogen wurde. Auch im Jahr 2006 war die Forschungsgruppe „Europäisches Telekommunikationsrecht“ intensiv in die

fachwissenschaftliche und öffentliche Diskussion um die Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem neu gestalteten und gemeinschaftsrechtlich überformten Telekommunikationsrecht eingebunden. So wurde der wissenschaftliche Dialog auch mit Marktteilnehmern und aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung im Rahmen von Veranstaltungen und Einzelgesprächen aktiv gesucht und durch Vorträge und die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen aktiv ergänzt.

Öffentliches Wettbewerbsrecht

Am 08.12.2006 fiel die Entscheidung des marokkanischen Wirtschaftsministeriums zugunsten der deutschen Bewerbung für die Durchführung des ersten Twinning-Projekts zum Wettbewerbsrecht. Das Projekt mit einer Gesamtlaufzeit von 30 Monaten und einem Gesamtbudget von 1,5 Mio. EUR wird von der EU-Kommission im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik finanziert und bezweckt den Aufbau einer marokkanischen Wettbewerbsbehörde sowie vielfältige Unterstützung bei der Ausbildung von Beamten und der Umsetzung einer an den EG-Standards orientierten Gesetzgebung im Bereich des Kartellrechts. Das Projekt soll nach Ausarbeitung der Twinning-Vereinbarung in der zweiten Jahreshälfte 2007 beginnen. Mit der Bewerbung konnte sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), das auf deutscher Seite die Projektleitung innehat und bei der Vorbereitung und Durchführung des Projekts von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) unterstützt wird, erfolgreich gegen ein französisch-portugiesisches Konsortium durchsetzen. Insgesamt hat das BMWi damit schon 126 Projekte gewonnen und ist damit der erfolgreichste „Twinning“ der Europäischen Union. Als Langzeitberater, der an der Vorbereitung und Präsentation des Projekts in Rabat mitgewirkt hat und für die Gesamtdauer des Projekts die Aktivitäten vor Ort koordinieren wird, ist der wissenschaftliche Mitarbeiter am ZEI Krzysztof Jaros vorgesehen. Der inhaltliche Input des ZEI im Rahmen der Bewerbung und Projektpräsentation erfolgte unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Koenig und war für die Vergabe des Zuschlags an das BMWi mitverantwortlich. Die marokkanische Regierung beabsichtigt im Rahmen des Projekts u. a. den Aufbau einer dem Wirtschaftsministerium unterstehenden Forschungs- und Weiterbildungseinrichtung. Bei diesem Vorhaben sollen wissenschaftliche Mitarbeiter des ZEI nach Möglichkeit eine wichtige Beratungsfunktion übernehmen.

Im Berichtszeitraum haben Mitarbeiter des ZEI außerdem das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie bei der Durchführung eines von der EU-Kommission im Rahmen des Transition Facility Programms finanzierten Twinning-Projekts unterstützt. Das Projekt wird bereits seit September 2005 durchgeführt und hat die Schulung und Beratung von Mitarbeitern der polnischen Kartellbehörde (Urząd Ochrony Konkurencji i Konsumentów – UOKiK) sowie sektorspezifischer Regulierungsbehörden zum Ziel. Darüber hinaus liegt ein weiterer Schwerpunkt des Projekts bei der Schulung polnischer Richter in der Anwendung gemeinschaftsrechtlicher Wettbewerbs- und Beihilfenvorschriften sowie der Organisation von Konferenzen und Symposien, durch die eine breite Diskussion wettbewerbsrechtlicher Themen angeregt werden soll. Dementsprechend fand am 16. Februar 2006 die feierliche Eröffnungskonferenz statt, an der als Hauptredner der Präsident des Bundeskartellamtes, Herr Dr. Ulf Böge, sowie der stellvertretende Generaldirektor der GD Wettbewerb, Herr Emil Paulis, teilgenommen haben. Im Rahmen des Projekts, das während der gesamten Laufzeit bis einschließlich März

2007 durch Herrn Krzysztof Jaros in der Funktion eines Langzeitberaters betreut wird, fanden zwei besondere Schulungsveranstaltungen statt, zu deren Gelingen Mitarbeiter des ZEI maßgeblich beigetragen haben. So fand unter Mitwirkung von Herrn Jens-Daniel Braun am 20. und 21. April 2006 in Warschau ein Workshop zu aktuellen wettbewerbsrechtlichen Fragen des Telekommunikationssektors für Mitarbeiter der Kartellbehörde sowie des Amtes für Elektronische Kommunikation statt. Am 28.11.2006 wurden sodann bei einem Seminar zur wettbewerblichen Regulierung des Energiesektors die deutschen Erfahrungen von Frau Margret Schellberg und Frau Kristin Spiekermann vorgestellt sowie mit den Teilnehmern – Mitarbeitern der Kartell- sowie der polnischen Energieregulierungsbehörde – diskutiert. Im kommenden Jahr soll die Zusammenarbeit weiter ausgebaut und der Erfahrungsaustausch verstärkt werden. Es ist insbesondere geplant, in Zusammenarbeit mit der Bundesnetzagentur eine hochrangige Diskussionsrunde zu Fragen der sektorspezifischen Regulierung des Eisenbahnsektors zu organisieren sowie das Projekt mit einer Abschlusskonferenz feierlich zu beenden.

Vergaberecht

Die Forschungsgruppe Vergaberecht hat sich im Jahr 2006 intensiv in die fachwissenschaftliche und öffentliche Diskussion um die Rechtsfragen im Zusammenhang mit den Neuerungen des Vergaberechts eingebunden. So fand im Hotel Königshof in Bonn eine von dem „European Law Institute for Public Procurement & Infrastructure“ (ELIPPI) organisierte Konferenz zu dem Thema „Public Private Partnership – Grundlagen und Praxisbeispiele“ statt, bei welcher Prof. Dr. Koenig die Moderation übernommen hatte (zusammen mit MinR Dr. Tobias Traupel) und an der Lehrstuhlmitarbeiter aus der Forschungsgruppe Beihilfen- und Vergaberecht teilgenommen haben. Mit Referenten sowohl aus der Privatwirtschaft als auch aus dem öffentlichen Dienst wurden die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Infrastrukturförderung durch Public Private Partnerships sowohl aus rechtstheoretischer Sicht beleuchtet als auch anhand praktischer Erfahrungen bei der Durchführung konkreter Projekte dargestellt und bewertet. Die Schwerpunkte lagen dabei auf den Themenbereichen „Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung von PPP“, „Ausschreibung und Vergabeverfahren“, „Vertragliche Grundlagen und Finanzierungsstrukturen für PPP-Projekte“, Praxisbeispiele einerseits aus dem Landkreis Offenbach hinsichtlich der Sanierung und Bewirtschaftung von Schulen und andererseits aus Großbritannien, wo Public Private Partnerships bereits seit längerer Zeit praktiziert werden und schließlich „Facility Management für öffentliche Einrichtungen“. Am 8. Juni 2006 referierte Prof. Dr. Koenig auf dem Vergaberechtstag in Düsseldorf zu dem Thema: „Beihilfenempfänger als Bieter im Vergabeverfahren“. Neben der Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen wurde der wissenschaftliche Dialog auch im Rahmen weiterer Einzelgespräche gesucht. Die Arbeit der Forschungsprojektgruppe wurde durch zahlreiche Veröffentlichungen abgerundet.

Europäische Gesundheitsmärkte / Europäisches Pharmarecht

Im Mittelpunkt der Forschungsprojektgruppe "Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte/Europäisches Pharmarecht" stand die analytische Beobachtung des parlamentarischen Verfahrens zur aktuellen Gesundheitsreform (Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung) und die

Bewertung der daraus resultierenden Konsequenzen für die Organisationsstruktur der gesetzlichen Krankenversicherung einerseits und die Leistungserbringer andererseits. Dabei standen das Recht der Arzneimitteldistribution und die Auswirkungen auf die Tätigkeit der Apotheken im Mittelpunkt des Interesses. Das zum 1. April 2007 in Kraft tretende Gesetz wird das System der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland - den Weg der Reformierung, der mit dem seit dem 1. Januar 2004 geltenden GKV-Modernisierungsgesetz beschritten wurde, konsequent weiterverfolgend - weiter dem Wettbewerb öffnen. Vor diesem Hintergrund wird auch die Frage, inwiefern Leistungserbringern und Kostenträgern aus dem europäischen Ausland der deutsche Gesundheitsmarkt geöffnet wird, eine maßgebliche Stellung im Rahmen der Tätigkeit dieser Forschungsprojektgruppe einnehmen.

Medienmärkte in Europa

Gemeinsam mit dem CEPR (London) und der Universität Toulouse führte das ZEI ein Forschungsprojekt durch, das sich mit Fragen der Marktstruktur und Regulierung von Medienmärkten in Europa befasste. Das Projekt stand unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Paul Seabright (Toulouse) und Professor Jürgen von Hagen. Die Ergebnisse dieses Projekts wurden 2006 in „The Economic Regulation of Broadcasting Markets“ (Hrg. Paul Seabright und Jürgen von Hagen) veröffentlicht. Das Buch ist bei Cambridge University Press erschienen.

Regionale Entwicklung in den Beitrittsländern der EU

Senior Fellow Dr. Iulia Traistaru leitete ein Forschungsprojekt über das Wachstumsverhalten und die Determinanten des Wirtschaftswachstums in den Regionen Europas. Das Projekt wird von der Europäischen Kommission im Rahmen ihres 6. Rahmenprogramms finanziert. Beteiligt sind neben dem ZEI Universitäten aus verschiedenen Europäischen Ländern sowie aus China. Dipl. Volkswirt Marc Schiffbauer arbeitet in Rahmen seines Dissertationsprojekts an diesem Projekt

Forschungsgruppe III: „Makroökonomische Politik und Institutionen“

Fiskalpolitik und der Stabilitäts- und Wachstumspakt

Mit der Aussetzung des Defizitverfahrens gegen die Bundesrepublik im Herbst 2003 hat die Diskussion um den Stabilitäts- und Wachstumspakt in der EWU eine neue Dimension erreicht. Eine breite Diskussion um mögliche Reformen des Paktes ist in Gang gekommen. Das Spektrum der Argumente reicht dabei von der Forderung nach einer strikten Durchsetzung aller Regeln des Paktes bis zu verschiedenen Anregungen, wie der Pakt „weicher“ gestaltet werden kann. Die Diskussion um die fiskalische Disziplin in der EWU verweist schon seit langem immer wieder auf die Rolle der Finanzmärkte zur Überwachung und Einforderung ausreichender Disziplin. Wie weit Finanzmärkte das leisten, ist empirisch umstritten. ZEI Junior Fellow Kerstin

Bernoth geht in einer gemeinsamen Arbeit mit Ludger Schuknecht und ZEI Direktor Jürgen von Hagen dieser Frage nach. Aufgrund ökonometrischer Untersuchungen mit neuem Datenmaterial kommen die Autoren zu dem Ergebnis, daß die Finanzmärkte die Kreditwürdigkeit von Regierungen differenziert betrachten und in der Zinsbildung für Staatsschuld berücksichtigen. Der Beginn der EWU hat diese Überwachungsfunktion nicht geschwächt. Die Autoren trugen diese Arbeit im Jahr 2006 bei verschiedenen Konferenzen vor.

Eine Erweiterung dieser Studie untersuchen ZEI-Direktor Jürgen von Hagen und die EZB Ökonomen Ludger Schuknecht und Guido Wolswijk die Risikoprämien in den Zinssätzen auf Schuldverschreibungen von subnationalen Regierungen. Sie zeigen, dass mit der Einführung der Währungsunion ein signifikanter Anstieg der Risikoprämien für die Länder der Bundesrepublik Deutschland einherging. Diese Länder haben nun ähnliche Finanzierungsbedingungen wie z.B. Provinzregierungen in Spanien.

ZEI-Direktor Jürgen von Hagen setzte im Jahr 2006 ebenfalls seine Forschung über Budgetinstitutionen gemeinsam mit Senior Fellow Mark Hallerberg (Emory University) und Senior Fellow Rolf Strauch (EZB) fort. In einer empirischen Studie, die bei einer von der Europäischen Kommission im Oktober organisierten Konferenz vorgetragen wurde, zeigen die Autoren die Abhängigkeit der Wahl von Budgetinstitutionen zur Stärkung der fiskalischen Disziplin von den Charakteristika des politischen Systems eines Landes, insbesondere von seinem Wahlsystem und der Intensität des politischen Wettbewerbs. Dies bedeutet, dass die institutionellen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht für alle EU Mitgliedstaaten angemessen sind.

Im Auftrag von Ernst & Young Polen führten ZEI Direktor Jürgen von Hagen und Senior Fellow Mark Hallerberg eine empirische Untersuchung der Budgetinstitutionen in Polen durch. Sie trugen ihre Ergebnisse und Reformvorschläge im Rahmen eines Seminars in Warschau vor, zu dessen Teilnehmern zahlreiche Journalisten und Politiker zählten.

Europäische Geldpolitik

Im Jahr 2006 stellte der EMU Monitor seine Pressekonferenzen, die zuvor jeweils im Juni und Dezember stattgefunden hatten, ein. Stattdessen arbeitet der EMU Monitor nun als „Blog“ auf der Webseite von „Eurointelligence“. Der EMU Monitor ist eine Gruppe von europäischen und amerikanischen Makroökonomern, die die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank kritisch begleiten. Ziel des EMU Monitors ist es, durch seine Stellungnahmen zu einer informierten öffentlichen Debatte über die Geldpolitik beizutragen. Mitglieder des EMU Monitors sind Casper DeVries (Erasmus Universität Rotterdam), Patrick Minford (Cardiff University), Georg Rich (ehem. Chefökonom der Schweizerischen Nationalbank), ZEI Senior Fellow Manfred J. M. Neumann (Universität Bonn) und ZEI Senior Fellow Chris Waller (University of Notre Dame).

Mehrere Forschungsarbeiten dieser Forschungsgruppe befassen sich mit den Bedingungen der Geldpolitik in modernen Finanzmärkten. Junior Fellow Tai-kuang Ho beschäftigte sich in seinem Dissertationsprojekt mit Fragen der Stabilität des internationalen Finanzsystems und der Geldpolitik. In einer gemeinsamen Arbeit mit ZEI Direktor Jürgen von Hagen entwickelt er einen empirischen Indikator für

Bankenkrisen, mit dessen Hilfe sich Determinanten solcher Krisen empirisch bestimmen lassen. Das empirische Modell zur Prognose von Bankenkrisen zeigt einen relativ hohen Grad an Vorhersagefähigkeit. Nach diesem Modell tragen institutionelle Faktoren wie eine explizite Depositenversicherung und makroökonomische Faktoren wie eine starke Überbewertung der Währung und hohe fiskalische Defizite signifikant zur Entstehung von Bankenkrisen bei. Versionen dieser Arbeit wurden in Seminaren im In- und Ausland diskutiert. Die Arbeit wird in dem hoch angesehenen Journal of Money, Credit, and Banking veröffentlicht.

Tagungen zur Europäischen Geldpolitik

Im Mai 2006 fand auf der Insel Reichenau (Bodensee) das 37. Konstanzer Seminar zur Geldtheorie und Geldpolitik statt. International führende Wissenschaftler auf dem Gebiet der monetären Makroökonomik trugen dort neue Forschungsarbeiten vor. Gastredner der traditionellen Policy-Session war der Präsident der Deutschen Bundesbank, Prof. Axel Weber.

Summer School in Monetary and Macroeconomics

Im Juli 2006 fand die 9. ZEI International Summer School in Monetary and Macroeconomics statt. Tagungsort war, wie in den Jahren zuvor, das Physikzentrum Bad Honnef. Rund 30 fortgeschrittene Doktoranden, Postdocs und Zentralbankökonominnen aus Deutschland, anderen europäischen Ländern, den USA und Japan nahmen an der Summer School teil und präsentierten ihre Forschungsarbeiten. Dozenten der Summer School waren Prof. Harald Uhlig (Humboldt Universität) und Prof. Michael Devereux (University of British Columbia).

Forschungsgruppe IV: „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der Sozialen Sicherung“

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bleibt auf absehbare Zeit die größte wirtschaftspolitische Herausforderung Europas. Seit einigen Jahren fordern internationale Institutionen wie die OECD ebenso wie zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter der Wirtschaftspresse eine größere Flexibilität der Arbeitsmärkte in Europa, um dem Problem Herr zu werden. Der derzeitige Forschungsstand stützt diese Forderung allerdings kaum. Weder theoretische noch empirische Analysen belegen überzeugend, dass Flexibilisierung zum Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt. Hinzu kommt, dass der Begriff der Flexibilität in der wirtschaftspolitischen Diskussion mit unterschiedlichen Inhalten belegt wird.

ZEI Junior Fellow Anna Iara untersucht die regionale Flexibilität der Löhne in den neuen Mitgliedstaaten. Sie zeigt, dass die Löhne flexibel genug sind, um Anpassungen des Arbeitsmarktes an Schwankungen der Arbeitsnachfrage zu ermöglichen. ZEI Senior Fellow Dr. Iulia Traistaru und Professor Dr. Jürgen von Hagen zeigen in einer gemeinsamen im Jahr 2006 veröffentlichten Studie, dass die

Lohnflexibilität in den neuen Mitgliedstaaten ausreichend groß ist, um eine Mitgliedschaft dieser Länder in der Währungsunion zu ermöglichen.

Forschungsgruppe V: „Europas Rolle in der Welt“

Beratung beim Aufbau von European Studies in Asien

An der Graduate School for International Studies der Seoul National University konnte im April 2006 das „European Studies Center“ eröffnet werden. Es wird von der Europäischen Kommission gefördert. An der Ausarbeitung der Konzeption für dieses koreanische Schwerpunktzentrum war Prof. Dr. Ludger Kühnhardt während seines Aufenthaltes in Seoul 2004/2005 auf Einladung der Seoul National University maßgeblich beteiligt.

Für den Zeitraum von August 2006 bis September 2007 ist das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) Kooperationspartner des EU-China European Studies Centres Programme der Shanghai Academy of Social Sciences in Shanghai. Im Rahmen des von der EU geförderten Projektes „Support to Existing European Studies Centres in the People’s Republic of China (excluding Hong Kong, Macao und Taiwan)“ erstreckt sich die Kooperation vornehmlich auf den Austausch von Wissenschaftlern, um so das gegenseitige Verständnis und die Fähigkeit miteinander und füreinander zu forschen fest zu implementieren. Die ersten Vorbereitungen für die zukünftige Zusammenarbeit laufen bereits in regem Austausch mit dem SASS in Shanghai.

Mit dem European Studies Centre der Sichuan University/China ist das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) vom 1. November 2006 bis 30. Oktober 2007 als Kooperationspartner für das EU-unterstützte Projekt „Searching for the Core of European Integration: The Historical, Cultural and Religious Impacts on Its Process“ verbunden. Der Austausch von Wissenschaftlern, ein gemeinsamer Workshop sowie diverse Publikationen gehören zu dem Kooperationsprogramm mit dem European Studies Centre der Universität Sichuan.

Auf Einladung von ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt widmete sich Prof. Dr. Jian Shi, Vize-Präsident der Universität Sichuan und Direktor des European Studies Centre der Sichuan University, als Gastforscher am ZEI den Forschungen zu dem Projekt „Searching for the Core of European Integration: The Historical, Cultural and Religious Impact on Its Process“. Das European Studies Centre Sichuan (ESC) und das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) sind Projektpartner in diesem von der EU geförderten Projekt. Der Forschungsaufenthalt von Prof. Dr. Jian Shi beinhaltete fünf wesentliche Punkte:

1. Gemeinsame Besprechung und Ausarbeitung der zukünftigen gemeinsamen Projektarbeit;
2. Fortführung und Beendigung der Arbeiten an dem 45-seitigen Interimsbericht, der als Basis für den Abschlussbericht dient, zu dem laufenden Projekt;
3. Organisation der Austauschaktivitäten zwischen dem ZEI und dem ESC für das Jahr 2007: Wissenschaftler des ZEI werden im Mai 2007 an dem Internationalen Workshop „The Ideological, Cultural and Social Background of Enlarged Europe“ in Chengdu teilnehmen und Prof. Dr. Ludger Kühnhardt wird 2007 ebenfalls zu einem

wissenschaftlichen Aufenthalt nach Chengdu reisen. Drei Wissenschaftler aus Chengdu werden das ZEI im Jahr 2007 zu einem Gastforscheraufenthalt besuchen.

4. Wissenschaftliche Erarbeitung von Daten und Fakten für das laufende Projekt „The Impacts of Migration and Migration Culture upon European Integration: A Quantity Analysis“;

5. Fertigstellung des Publikationsprojekt „EU's Eastward Enlargement: Confrontations of the New Challenges in Economic Growth and Job-Market“.

Gespräche mit Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Frau Dr. Cordula Janowski, Leiterin des Master-Programmes und Herrn Andreas Marchetti, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, über die Projektarbeit rundeten den Aufenthalt ab. Die Gespräche behandelten die vielen unterschiedlichen Aspekte des Projektes sowie die Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung des Projektes, die Planung der zukünftigen Zusammenarbeit von ZEI und ESC of SCU, den Workshop im Mai 2007 in Chengdu und seine geplanten Themenbereiche, die Gestaltung des Curriculum, die Vorbereitung von Fortbildungsmaßnahmen und die Übersetzung von ZEI-Publikationen in die chinesische Sprache. Diese gemeinsamen konstruktiven Gespräche die gegenwärtige Kooperation betreffend haben das gegenseitige Verständnis sehr gefördert und ihre Ergebnisse werden sich in äußerst positiver Weise auf die zukünftige Projektarbeit auswirken.

Euro-Mediterraner Dialog

Einen Beitrag zum Euro-Mediterranen Dialog leistet Thomas Demmelhuber mit dem ZEI Discussion Paper C 159/2006: „The Euro-Mediterranean Space as an Imagined (Geo-)Political, Economic and Cultural Entity“. Über Jahrhunderte war der Mittelmeerraum Referenzpunkt der Eigenwahrnehmung Europas als Zentrum der Welt. Es war eine Brücke zwischen den verschiedenen Akteuren auf beiden Seiten. Der Austausch von Wissen, Gütern und Traditionen war lebhaft. Erst seit dem Beginn der Moderne setzte sich zunehmend die Perzeption einer Grenze zwischen dem säkular-demokratischen Norden und dem autoritär-rückständigen Süden durch. Mit der Neuformulierung EU-europäischer Mittelmeerpolitik im Jahre 1995 wurde die Idee einer Euro-Mediterranen Entität (d.h. ein vorgestellter Raum mit gemeinsamen Interessen, Wurzeln und Problemen) in politische Realität verwandelt. Die drei Säulen des Barcelona-Prozess sind von großer Interdependenz geprägt. Gerade aber die dritte Säule, die kulturelle Partnerschaft, welche auf einer gemeinsamen Vergangenheit aufbaut, spielt eine zentrale Rolle für die Vertiefung der Euro-Mediterranen Entität und damit für eine erfolgreiche Implementierung der politischen und ökonomischen Ziele der EU und der Partnerstaaten im Rahmen des Barcelona-Prozess.

Südosteuropa

Auch über die vertraglich zwischen der Hertie-Stiftung und der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (mit Hertie-Koordinationsstelle am ZEI) für den Zeitraum 1.1.2003 bis 31.12.2005 vereinbarten Zusammenarbeit mit dem Europastudienprogramm des Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrums BRIE in Rousse (Bulgarien) hinaus, haben Mitarbeiter des ZEI an den Lehrprogrammen des BRIE teilgenommen. Im Rahmen der Fliegenden Fakultät haben ZEI-Mitarbeiter Dr. Emil Mintchev und Dipl.-Geogr. Janusz Musial vom 11. bis 17. Februar 2006 Vorlesungen an der Universität in Rousse gehalten. Dr. Emil

Mintchev hielt zudem ständigen Kontakt mit den Studenten, Gremien und Konsortialpartnern von BRIE. Das ZEI, das seinerseits eines der besten Programme für Europastudien in Deutschland anbietet, zeichnete in den entscheidenden Aufbaujahren für die wissenschaftliche Begleitung des „Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrums“ BRIE und dessen Europastudienprogramms in Rousse verantwortlich. Dies gelang mit dem großen Erfolg, der in der gesamten Region Südosteuropa und weit darüber hinaus Anerkennung gefunden hat, nur aufgrund der vielschichtigen Erfahrungen des ZEI in der Koordinierung eines der größten europawissenschaftlichen Universitätsnetzwerke in Europa, dem Netzwerk für Europastudien in Südosteuropa. Unmittelbar nach Ende des Kosovo-Krieges im Herbst 1999 initiiert, über mehrere Jahre sorgfältig aufgebaut und mit mehr als 40 Teilnehmern aus der Region und bisher sechs Jahreskonferenzen zum größten Forum für Erfahrungsaustausch und Know-how-Transfer auf dem Gebiet der Europastudien in Südosteuropa geworden, ist das Netzwerk ein gelungenes Beispiel für den Beitrag des ZEI und damit der Universität Bonn beim akademischen Neuaufbau Südosteuropas. Mit der erfolgreichen Akkreditierung von BRIE konnte die Hauptverantwortung an die Kollegen in Südosteuropa übergeben werden. Auf Basis des mehrjährigen Engagements des ZEI können die Verantwortlichen vor Ort an den Partneruniversitäten Südosteuropas ihren eigenen Weg der Erneuerung und der Stärkung der Europawissenschaften erfolgreich weitergehen.

Eine Zusammenfassung der Fortbildungsprojekte des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI) in Südosteuropa gibt das Discussion Paper C 160: Emil Mintchev/Janusz Musial: Stabilität durch Bildung. Die Fortbildungsprojekte des „Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ (ZEI) in Südosteuropa (1999-2006) (ZEI Discussion Paper C 160/2006): Mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa, der unmittelbar nach der Beendigung des Kosovo-Krieges 1999 durch die Europäische Union etabliert wurde, sollte die Region einer tiefgreifenden und grundlegenden Transformation unterzogen werden. Erziehung und Ausbildung in Schule und Universität waren dabei zweifelsohne der zentrale Ansatzpunkt. Nur wenn es gelingt, die nachwachsenden Generationen in der ganzen Region umfassend und wahrheitsgemäß über ihre eigene Geschichte und Kultur zu unterrichten und sie gleichzeitig an die gemeinsamen Werte und Normen Europas heranzuführen, könnte ein Neuanfang tatsächlich gelingen, der die volle Integration Südosteuropas in der Europäischen Union zum Ziel haben muss. Mit der Bandbreite seiner wissenschaftlichen und hochschulpolitischen Projekte hat das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) in der Zeit von 1999 bis 2006 dazu einen bleibenden Beitrag geleistet.

Dr. Geert-Hinrich Ahrens, Botschafter a.D., verfasste während seines Gastaufenthaltes am ZEI das Buch „Containment of Ethnic Conflict and the Minorities Working Group of the Conferences on Yugoslavia“. Weiterhin stattfindende Kriegsverbrechertribunale, der immer noch nicht sichere Status des Kosovo und die Ansammlung neugebildeter Staaten, die noch immer um staatliche Normalität ringen, bedeuten sowohl für Ex-Jugoslawien und die internationale Gemeinschaft eine andauernde Herausforderung. Der Band fokussiert sich auf die Aktivitäten der Arbeitsgruppe für Minderheiten der „Conference of Yugoslavia“. Diese Arbeitsgruppe war die bedeutendste diplomatische Bemühung der UN und der EU die ethnischen Konflikte in der kroatischen Krajina, im Kosovo, in Mazedonien und in Süd-Serbien zu lösen. Zudem schildert der Autor die gesamten geschichtlichen Hintergründe der Konflikte bis in das Jahr 2004.

Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Andreas Marchetti, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, widmet sich in seiner Dissertation den Mechanismen, die zur Schaffung und Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) führen. Dabei untersucht er hauptsächlich die Politiken der EU-3, d.h. Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens. Die ESVP, deren Entwicklung von der britisch-französischen Übereinkunft in St. Malo Ende 1998 bis zur Einigung auf eine europäische Verfassung im Juni 2004 den Untersuchungsrahmen bildet, stellt nach der Realisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eines der dynamischsten Politikfelder innerhalb der europäischen Integration dar. Allerdings ist auch hier zu beobachten, dass die einzelnen nationalstaatlichen Interessen und damit die jeweiligen Zielvorstellungen kaum konvergent sind. Dessen ungeachtet erfolgt nachweisbar ein stufenweises Voranschreiten der Integration. Die Dissertation will daher am Beispiel der ESVP aufzeigen, wie die Mechanismen beschaffen sind, die überhaupt Integration stattfinden lassen.

Senior Fellow Professor Dr. Shaocheng Tang beschäftigte sich während seines Gastforscheraufenthaltes am ZEI mit dem Thema "Die deutsche Außenpolitik von Schroeder bis Merkel". Neben seiner Arbeit an diesem Projekt führte er in dieser Zeit mehrere Interviews zum Thema, besuchte weitere Universitäten und Institute in Deutschland und konnte durch intensive Forschungsgespräche weitere wertvolle Informationen für sein Thema zusammentragen, wobei ihm die gute Infrastruktur am ZEI sehr zugute kam.

Europäische Nachbarschaftspolitik

Andreas Marchetti hat in einem am ZEI entstandenen Discussion Paper die Funktion der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) im Rahmen der EU-Außenpolitik untersucht (Andreas Marchetti: The European Neighbourhood Policy. Foreign Policy at the EU's Periphery (ZEI Discussion Paper C 158/2006)). Ausgehend von offiziellen EU-Dokumenten entwickelt der Autor das Argument, dass die EU hier – trotz ihrer Partnerschaftsrhetorik – einer klaren geopolitischen Logik folgt und die ENP-Staaten zuvorderst als Semi-Peripherie betrachtet, d.h. als Puffer zwischen der EU als regionalem Zentrum und der Peripherie. Im Gegensatz zu vor allem neo-marxistischen Interpretationen wird hervorgehoben, dass dies in einer Zeit asymmetrischer Interdependenzen eine win-win-Situation für alle Beteiligten bewirkt, da der kooperative Zwang, den die EU anwendet, auch der Semi-Peripherie bleibende Vorteile verschafft. Im Rahmen eines ZEI-Europadialogs am 13. Juni 2006 stellte Andreas Marchetti diese Thesen zur Diskussion. Ein Beitrag zu den Implikationen der ENP für den Südkaukasus erschien in der Sommerausgabe der Zeitschrift Turkish Policy Quarterly, die Perspektiven für den Mittelmeerraum stellte Andreas Marchetti im Rahmen der EuroMeSCo-Jahreskonferenz in Istanbul im Oktober 2006 dar.

Transatlantische Beziehungen

ZEI Junior Fellow Gracjana Lakomska (Universität Krakau), Stipendiatin der Stiftung für die Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, beschäftigte sich während Ihres

Gastaufenthaltes am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) von April bis Juli 2006 mit dem „Stellenwert der Vereinigten Staaten in der Außenpolitik der Bundesregierung SPD/B90/Grünen in den Jahren 1998-2005“. Durch die Nutzung des Bestandes der wissenschaftlichen und universitären Bibliotheken in Bonn und in Köln konnte Frau Lakomska einige Aspekte ihrer Dissertation vertiefen und wissenschaftlich breiter erfassen. Einige vorher noch unklare Bereiche der Dissertation konnten beleuchtet und gründlicher erforscht werden. Das Europäische Dokumentationszentrum (EDZ), beheimatet am ZEI, war eine reichhaltige und greifbar nahe Quelle für die Materialsammlung. Weiterhin trug der wissenschaftliche Austausch mit den Kollegen dazu bei, einige Problemfelder, die mit dem Thema verbunden waren, aus anderer Perspektive zu sehen. Neben der Arbeit am Institut besuchte Frau Lakomska diverse, durch das ZEI und andere Einrichtungen organisierte Vorträge und Seminare. Unter anderem nahm die Gastforscherin an Veranstaltungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft zu den Themen „Antisemitismus in Polen“ und „Die neue polnische Regierung nach 180 Tagen. Bilanz und Perspektiven“ teil.

Globalisierung des Regionalismus

Frau Dr. Cordula Janowski, Direktorin des Master of European Studies Programm des ZEI, verfasste ein Discussion Paper zum Thema „Globalization, Regional Integration and the EU. Pleaings for a Broader Perspective“ (C 162/2006). Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts sind zwei Phänomene von wachsender Bedeutung für die internationalen Beziehungen: Globalisierung und regionale Integration. Während beide Teil der nach wie vor nebulösen (Hettne 1999: 1) „neuen“ Weltordnung sind, erscheint regionale Integration zunehmend als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Dies lenkt den Blick auf die EU als Modell erfolgreicher regionaler Integration. Können andere Regionen dieser Erde von der EU lernen bzw. ist die EU sogar Paradigma für regionale Integration? Die folgenden Überlegungen erklären Globalisierung und regionale Integration als einander bedingende Prozesse einer neuen Herausforderung und ihrer Antwort. Europäische Integration ist dabei allerdings kaum geeignet, als globales Modell oder sogar als Paradigma zu dienen. Allerdings mögen Teile der EU andere Weltregionen zu ähnlichen Schritten motivieren – zum Beispiel zur Gründung eines gemeinsamen Marktes. Einige abschließende Gedanken plädieren daher für eine breitere Perspektive – im Hinblick auf Globalisierung, regionale Integration und die EU.

Frau Dr. Qiang Xin, Associate Professor am Forschungszentrum für Europa und Asien der Pädagogischen Hochschule Peking, hielt sich im Zeitraum vom 1. Oktober bis 17. November 2006 als Gastforscherin am ZEI auf. Sie arbeitete und forschte zu ihrem Thema: „Nationale Politikfelder in Wechselwirkung mit regionaler Integration am Beispiel der Innenpolitik und des Bildungswesens in der EU und Ostasien seit 1997“. Die finanzielle Unterstützung des DAAD und die praktischen Arbeitsbedingungen am ZEI ermöglichten die Durchführung ihres Arbeitsplans. Sie führte Recherchen über die europäische Integration durch und diskutierte mit Kollegen aus Deutschland und anderen EU-Mitgliedsländern sowie EU-Beitrittsländern. Dafür hat sie unter anderem vom 11. bis 15. Oktober an der Konferenz beim Europarat in Strasbourg über „Administrative Cultures in Europe“ teilgenommen. Danach, vom 18. bis 22. Oktober, besuchte sie in Sofia das Institut für öffentliche Verwaltung und europäische Integration. Anschließend führte sie vom 24. bis 28. Oktober in Berlin beim Stab für die Ratspräsidentschaft Deutschlands

2007 im Bundesinnenministerium ein Gespräch über die Vorbereitung der Ratpräsidentschaft durch. Weiterhin diskutierte sie mit Kollegen der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl besonders die praktischen Aspekte der europäischen Integration. Aus den bisherigen Recherchen ist das Verhältnis zwischen Recht und Kultur im Prozess der europäischen Integration selbst, als auch im Vergleich mit der Regionalisierungstendenz in Ostasien, als das Spannungsfeld hervorgegangen, mit dem sich Frau Dr. Xin in der zweiten Etappe ihres Forschungsaufenthaltes, vom 19. Januar bis 28. Februar 2007, beschäftigen wird. Konkret wird sie ihre Arbeit dabei auf folgende Arbeitsbereiche konzentrieren: Rechtskultur; Migration; Europäische Verwaltung; die Entwicklung eines europäischen Bildungsraums sowie die Innere Sicherheit Europas und Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Ariane Kössler, wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZEI, widmet sich in Ihrer Dissertation parallelen Integrationsprozessen im südlichen Afrika. Sie zeichnet in Ihrer Arbeit die Entwicklung von der Entwicklungskoordinationskonferenz des südlichen Afrika (Southern African Development Coordination Conference, SADCC) zur Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (Southern African Development Community, SADC) im Vergleich zur Entwicklung von der Organisation Afrikanischer Einheit (Organization of African Unity, OAU) zur Afrikanischen Union (African Union, AU) nach. Dabei wird insbesondere die Idee der Building Blocks anhand des Beispiels SADC untersucht. Die Dissertation will unter Rückgriff auf die am Europäischen Modell entwickelten Integrationstheorien die Entstehung eines genuin afrikanischen Mehrebenensystems überprüfen.

Workshop mit Studenten der Ateneo Universität, Manila, am ZEI: Im Rahmen einer vom DAAD organisierten Studienreise fand am 15. Mai 2006 am ZEI ein eintägiger Workshop mit Studenten der Ateneo Universität, Manila, statt. Die Studenten der Fachrichtung European Studies/German Studies konnten sich dabei aus erster Hand ein Bild von dem institutionellen Gefüge der EU, ihrer Außenpolitik und der weltweiten Weiterverbreitung regionaler Integrationssysteme machen. Frau Dr. Cordula Janowski, Programmleiterin des ZEI-Master of European Studies, gab eine thematische Einführung zur EU und ihrer Bedeutung für den asiatisch-pazifischen Raum, indem sie insbesondere auf die engen Beziehungen zwischen beiden Regionen hinwies. Andreas Marchetti, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, stellte die Grundzüge europäischer Außenpolitik und ihre Entwicklungsperspektiven dar, während Martin Zimmek, ebenfalls wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, die weltweiten Bemühungen zu verstärkter regionaler Integration im Vergleich zur EU thematisierte. In den den Impulsreferaten folgenden Diskussionen zeigten sich zahlreiche Parallelen zwischen der EU und anderen Integrationsverbänden, gerade auch zwischen EU und ASEAN. Andererseits wurden aber auch strukturelle Unterschiede identifiziert, aufgrund derer eine unmittelbare Übernahme des EU-Konzepts für andere Regionen eher ausscheidet. Dennoch fungiert die EU aber aufgrund ihrer einzigartigen Erfahrungen und inzwischen erreichten Integrationsdichte sehr wohl als Modell und Ideengeber. Das „Modell Europa“ besitzt dadurch eine zunehmende globale Ausstrahlungskraft und bildet effektiv die Grundlage eines weltweit zu registrierenden regionalen Integrationsschubs. Martin Zimmek, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, hielt vor den Studenten der Ateneo Universität Manila am 15. Mai 2006 am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) einen Vortrag zum Thema „Global Regionalism“ mit anschließender Diskussion über die weltweit zu beobachtende Tendenz des Regionalismus.

Die EU als Partner in Lateinamerika und der Karibik

In einer Kolumne für die peruanische Tageszeitung „El Peruano“ analysierte Martin Zimmek, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, am 25. Mai 2006 zum IV. EU-LAC Gipfel in Wien die Bedeutung eines möglichen Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Andengemeinschaft.

Die Beziehungen zwischen der EU und der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) befinden sich derzeit in einer wichtigen Phase. Da die geltenden Handelspräferenzen der EU für Produkte aus der Karibik nicht mit den WTO-Regeln vereinbar sind, sollen diese Sonderregelungen bis Ende 2007 durch ein wirtschaftliches Partnerschaftsabkommen (EPA) zwischen CARICOM und der EU ersetzt werden. Die Verhandlungen über die genaue Ausgestaltung der EPAs dominieren aktuell die Agenda zwischen beiden Regionen. Das ZEI begleitet diesen Prozess und unterhält Kontakte zu Wissenschaftlern an Universitäten der CARICOM-Mitgliedstaaten sowie zu Mitarbeitern der Institutionen der Karibischen Gemeinschaft. Im Rahmen dieser Verbindungen beschäftigt sich das ZEI mit dem Prozess der voranschreitenden Integration innerhalb der CARICOM sowie mit der Beziehung zwischen CARICOM und der EU. Die Europäische Union wird in der CARICOM weithin als Modell für die karibische Integration angesehen. Die karibische Integration unter dem Dach der CARICOM und der mit ihr assoziierten Organe ist weit fortgeschritten und gewinnt wachsende Verankerung über die institutionellen Akteure hinaus in der akademischen Welt der Region und in den dortigen Zivilgesellschaften. Die Suche nach Vergleichskriterien zwischen der karibischen und der europäischen Integration stößt auf lebhaftes Interesse in den Staaten der CARICOM. Sie ist auch für die umfassende Einschätzung der globalen Rolle der EU, namentlich im Bezug auf das normative EU-Ziel der weltweiten Förderung regionaler Integration von Bedeutung. Diese Erkenntnisse bildeten den Kern zahlreicher Beratungsgespräche, die ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und ZEI Research Fellow Martin Zimmek im September 2006 während ihrer Feldforschung mit hochrangigen Regierungsvertretern in einigen Mitgliedstaaten der Caribbean Community (CARICOM), unter anderem mit dem Premierminister von St. Lucia, Dr. Kenneth D. Anthony, und der Tourismusministerin von Grenada, Brenda Hood, geführt haben. Daneben fand ein intensiver Erfahrungsaustausch zu Aspekten der vergleichenden Integrationsforschung mit Mitarbeitern und wichtigen Entscheidungsträgern diverser CARICOM-Institutionen und Integrationsorganen statt, unter anderem mit führenden Mitarbeitern des Generalsekretariats der CARICOM, mit dem Präsidenten des Caribbean Court of Justice, Michael de la Bastide, mit der Generalsekretärin der Organization of Eastern Caribbean States, Dr. Len Ishmael, mit dem Generalsekretär der Association of Caribbean States, Dr. Rubén Silié Valdez und mit dem Präsidenten der Caribbean Development Bank, Dr. Compton Bourne. In Forschungsgesprächen mit Vertretern der Europäischen Union wurden aktuelle Fragen zum Verhandlungsprozess über ein EPA zwischen der Europäischen Union und der CARICOM sowie die Bedeutung der EU für die CARICOM erörtert. In Vorträgen vor großem akademischen, politischen und wirtschaftlichen Publikum stellte Prof. Kühnhardt an der University of Guyana, vor dem Lim A Po Institute for Social Studies in Paramaribo und an der University of the West Indies in Port of Spain Kriterien für eine globale Vergleichsanalyse regionaler Integrationsformen zur Diskussion. Der Stand des europäischen Integrationsprozesses und namentlich die Frage nach der europäischen Identität fand jeweils große Aufmerksamkeit mit den an Fragen der regionalen Integration

befassten Teilnehmern aus der CARICOM. Die Erkenntnisse der Feldforschung münden ein in diverse Publikationen des ZEI und in andere externe Veröffentlichungen. Sie dienen zugleich der systematischen Vorbereitung der 2007 erstmals stattfindenden Summer Academy „Comparative Regional Integration“, die am ZEI mit Unterstützung des DAAD stattfinden wird.

Martin Zimmek, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, arbeitete seit 2005 kontinuierlich an der Weiterentwicklung des Konzeptes für die Durchführung einer Summer Academy zum Thema „Comparative Regional Integration“ am ZEI für Funktionäre der Integrationsgemeinschaften in Lateinamerika. Er stellte das Konzept bei Gesprächen über die Realisierung des Programms Mitarbeitern des BMZ vor und begann dann mit den vorbereitenden Maßnahmen zur Antragsstellung beim DAAD auf Förderung für die Ausrichtung einer Sommerakademie. Seit Juli 2006 arbeitete Herr Martin Zimmek in Zusammenarbeit mit Frau Ariane Köster, wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZEI, an der Vorbereitung des Drittmittelantrags beim DAAD, inklusive einer Konzeption und detailliertem Programmentwurf sowie Alternativ-Szenarien für die Finanzierung der Sommerakademie. Nach der erfreulichen positiven Antwort des DAAD und einer Bewilligung von Drittmitteln in Höhe von 25.000,- Euro für das Jahr 2007 durch den DAAD hat nun die konkrete Organisationsphase mit ersten vorbereitenden Schritten für die vom 09. bis 22. September 2007 stattfindende Summer Academy eingesetzt. Die Gestaltung einer Broschüre und eines Werbeflyer wurden umgesetzt. Außerdem wurden die Onlinepräsenz der Sommerakademie und die Zertifizierung in Koordination mit dem AAA in die Wege geleitet.

Martin Zimmek, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, widmet sich in seiner Dissertation der subregionalen Integration in Lateinamerika im Vergleich zur EU, vornehmlich an den Beispielen der Andengemeinschaft (Comunidad Andina de Naciones, CAN), des Gemeinsamen Marktes des Südens (Mercado Común del Sur, Mercosur), der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) und des Zentralamerikanischen Integrationssystems (Sistema de Integración Centroamericano, SICA). Die Dissertation will die Möglichkeiten und Schwächen des lateinamerikanischen Integrationsprozesses aufzeigen, unter besonderer Berücksichtigung der EU für diesen Prozess.

ZEI-Ausstrahlung weltweit

ESiA-Monitor: Unter der Internetadresse <http://esia.asef.org> können seit April 2006 Informationen über das neu entstandene interdisziplinäre Netzwerk „European Studies in Asia“ international versandt und abgerufen werden. Durch die Kooperation mit ESiA findet das ZEI somit weitere Verbreitung seiner Arbeit in Asien. ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt ist Mitglied des internationalen Beirats von ESiA. Der zweite ESiA eMonitor widmete sich dem Asien-Europa-Gipfel in Helsinki am 10. und 11. September 2006. In dem eMonitor, der von der Asia-Europe Foundation in Singapur veröffentlicht wird, nimmt ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt Stellung zur Zukunft der europäischen Integration. Als Mitglied der ESiA Advisory Group beschäftigt sich Prof. Kühnhardt intensiv mit den Beziehungen zwischen der EU und dem ostasiatischen Raum.

Eine Studie zeigt, dass das "Zentrum für Europäische Integrationsforschung" der Bonner Universität den Sprung in eine Karriere in Wirtschaft und Politik ermöglicht.

In seiner Funktion als deutsches Kulturportal in die Welt hat das Goethe-Institut seine Präsenz im Internet mit einem Webportal „Deutschland denkt – Forschung und Gesellschaft“ ergänzt. Es will damit allen Interessierten einen ersten Einblick in die Forschungstätigkeit in Deutschland geben und wendet sich dabei an einen weltweiten Interessentenkreis. Im Rahmen des Partnernetzwerkes des Goethe-Instituts findet das ZEI darin besondere Erwähnung als ein Forschungsinstitut mit weltweiter Ausstrahlung, das auf dem Gebiet der europäischen Integrationsforschung zu den führenden Einrichtungen in Deutschland gehört. Hermann Horstkotte beschreibt auf der Homepage des Goethe-Instituts die Arbeit des ZEI wie folgt: Die Forschungsschwerpunkte des ZEI orientieren sich an aktuellen und langfristigen Fragestellungen des europäischen Erweiterungsprozesses, wie beispielsweise die weltweite Entwicklung und Ausbreitung regionaler Integrationssysteme, die nur teilweise am Vorbild der Europäischen Integration orientiert sind. Gastforschungen und Kooperationen mit außereuropäischen Institutionen der Integration werden deshalb gerne unterstützt. Institutionenentwicklung in Europa, Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung, sowie Europas Rolle in der Welt sind hier unter anderem wichtige Themengebiete. Das Forschungsprogramm wird in abteilungsübergreifenden, interdisziplinären Forschungsgruppen durchgeführt und ist flexibel, bedarfsorientiert und auf umsetzbare Ergebnisse ausgerichtet.

Mit der Redaktion von „weltpolitik.net“, dem online-Portal der DGAP, wurde im August 2006 eine Kooperation eingegangen. Gegenstand der Kooperation ist die Übernahme einiger ZEI Discussion Paper auf den Seiten von „weltpolitik.net“. Im Gegenzug wird auf „weltpolitik.net“ auf die Forschungsarbeit des ZEI aufmerksam gemacht und das ZEI unter den offiziellen Kooperationspartnern geführt.

Ausbildung

1. Master of European Studies Program

Von Bonn nach Brüssel

Seit 8 Jahren bildet der ZEI-Master of European Studies erfolgreich für eine internationale Karriere aus. Die Bilanz kann sich sehen lassen: 230 junge Graduierte haben seit dem 1. Jahrgang 1998/99 das englischsprachige Postgraduierten-Studium „Master of European Studies“ am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn erfolgreich abgeschlossen. Die konstant hohe Bewerberzahl und die zunehmende Internationalisierung des Programms zeigen, dass sich der ZEI-MES weit über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus etabliert hat: die insgesamt 32 ZEI-Master-Studenten des 8. Jahrgangs 2005/06 (Oktober 2005-September 2006) kamen aus 18 Ländern weltweit, darunter die „alten“ und „neuen“ EU-Staaten, Südosteuropa und Balkan, Russische Föderation, USA, Mexiko und Südostasien. Der Anteil der deutschen Studenten lag bei 30%. Alle ZEI-Master-Studenten verfügten über einen universitären Bildungshintergrund, vornehmlich der Fächer Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft. Die Aufnahme war kompetitiv: auf jeden der 30 Plätze kamen im 8. Jahr 5 Bewerber.

Das primäre Karriereziel war auch bei den Studierenden des 8. Jahrgangs ein Einstieg in ein internationales Umfeld: insbesondere bei den Institutionen der Europäischen Union, anderen Internationalen Organisationen wie dem Europarat und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Regierungsorganisationen wie dem deutschen Auswärtigen Amt und seinen ausländischen Partnerorganen, Nicht-Regierungsorganisationen und schließlich global agierenden Wirtschaftsunternehmen. Gerade in der für die Studenten zentralen Frage der individuellen Karriereaussichten blickt der ZEI-Master of European Studies auf eine ausgesprochen erfolgreiche Bilanz. Im zweiten Halbjahr 2005 wurde eine umfassende Befragung über den Verbleib der Graduierten durchgeführt: 15% der befragten Alumni des ZEI-Master of European Studies sind in EU-Institutionen und Internationalen Organisationen tätig. 27% der ZEI-Alumni ist der Einstieg in die nationale Spitzenverwaltung gelungen, darunter vor allem der Auswärtige Dienst in Deutschland oder dem eigenen Heimatland. Ein Alumnus des ZEI-Master of European Studies ist Außenminister seines Heimatlandes Mazedonien, ein ZEI-Alumnus steht im Dienst des Premierministers von Albanien. Eine ZEI-Alumna ist Abgeordnete des Serbischen Parlaments und Vorsitzende des dortigen EU-Ausschusses. 41% der Alumni des Studiengangs wurden – zum Teil nach Stationen im öffentlichen oder „internationalen“ Dienst – von einem global tätigen Wirtschaftsunternehmen rekrutiert. Vor allem für ZEI-Alumni aus den mittel- und osteuropäischen Ländern bietet die Wirtschaft oftmals auch finanziell verlockende Optionen. 17% der ZEI-Alumni sind bei Verbänden oder in der Wissenschaft und Forschung tätig.

Optimal gerüstet für eine internationale Karriere: Hohe Fachkompetenz und Career Development

Ein hoher Grad an Internationalität ist eine der zentralen Säulen, auf die sich der ZEI-Master of European Studies konzeptionell stützt. Neben der weltweiten Herkunft der ZEI-Master-Studenten spiegelt sich dies auch in der internationalen Zusammensetzung der Fakultät: die 32 Dozentinnen, Dozenten, Trainerinnen und Trainer, die 2005/06 am ZEI unterrichteten, stammten aus 10 Ländern Europas: Deutschland, Belgien, Finnland, Großbritannien, Irland, Italien, Malta, Polen, Ungarn, Türkei sowie von der EU-Kommission. Die Unterrichtssprache Englisch vermittelt ein internationales Klima und entspricht der realen Arbeitssituation gerade in Internationalen Organisationen. Die vielfältige nationale Zusammensetzung der Studentengruppe erlaubt das Arbeiten in multi-nationalen Arbeitsgruppen und Teams – eine wichtige Vorbereitung auf den späteren Berufsalltag.

Ebenso zentral ist für das ZEI die praxisnahe und anwendungsbezogene Vermittlung fundierter Fachkenntnisse. Auch im 8. Jahrgang beinhaltete das interdisziplinäre Curriculum des ZEI-Master of European Studies Unterrichtseinheiten zu den politischen, ökonomischen und juristischen Grundlagen, die in 20 Spezialkursen sowie ergänzenden „Europa-Dialogen“ mit Experten aus der Praxis eingehend vertieft wurden. Insgesamt absolvierten die ZEI-Master-Studenten zwischen Oktober 2005 und Juni 2006 mehr als 360 Stunden an Fachunterricht sowie über 120 Stunden an ergänzenden praktischen Veranstaltungen. Hierzu zählten vier mehrtägige Exkursionen nach Brüssel, Strasbourg, Luxemburg, Frankfurt und Berlin im Umfang von insgesamt 12 Tagen.

Der ZEI-Master of European Studies – gut etabliert, führend in Europa, mit hohem Entwicklungspotential

Zu den Zielen des ZEI-Master of European Studies zählt in den kommenden Jahren der Ausbau des Alumni-Netzwerks. Mit einem regelmäßigen „Stammtisch“ haben in Brüssel tätige ZEI-Alumnae und -Alumni bereits 2004 begonnen, untereinander den „Draht“ zu halten und Nachfolgerinnen und Nachfolgern Tipps für einen Karriere-Einstieg zu geben. Der ZEI-Master of European Studies wird diese Bemühungen durch den schrittweisen Aufbau einer Alumni-Datenbank fördern, die als Kontaktbörse und Netzwerk dient. Die Ergebnisse der Befragung werden Eingang in eine Studie finden, die ab Sommer 2006 auch im Internet verfügbar sein wird.

Im 9. Studienjahr 2006/07 wird zudem das Career Development Programm eingeführt, in dessen Rahmen die ZEI-Master-Studenten soziale Schlüsselkompetenzen für ihre berufliche Zukunft erwerben. Das Career Development Programm basiert auf Einzeltrainings, die bereits seit 2003 Bestandteil des ZEI-Master of European Studies sind und sich als sehr erfolgreich erwiesen haben. Im 8. Jahrgang 2005/06 zählte dazu ein eintägiges Bewerbungstraining in 2 Kleingruppen unter Anleitung einer erfahrenen Trainerin (Management Coach), ein Vorbereitungsseminar auf den „EU-Concours“ – den Einstiegswettbewerb für eine Beamten-Laufbahn bei der EU – sowie eine eintägige Simulation von Verhandlungen im Ministerrat mit umfassender Vor- und Nachbereitung, in der das Thema „negotiating and lobbying in the EU“ vertieft wurde.

Im Rahmen des neunten Jahrgangs (Oktober 2006-September 2007) führte ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt von Oktober 2006 bis Januar 2007 wöchentliche Seminare durch, die sich mit dem Thema „European Integration-The first fifty years: development, context, interpretation“ beschäftigten. Als Ertrag dieser Seminare erarbeiteten die Fellows einen alternativen Verfassungstext.

2. . Master of European Regulation of Network Industries (MERNI) – Studiengang für Postgraduierte

MERNI – ein neues Kapitel europabezogener Fortbildungsarbeit des ZEI

Der Zielsetzung entsprechend, die vielfältigen und veränderlichen Probleme der europäischen Integration in zeitgemäßen Fortbildungsangeboten zu behandeln und dadurch eine Gruppe außergewöhnlicher Teilnehmer optimal auf eine Karriere mit europäischem Bezug vorzubereiten, ist seit dem Jahr 2005 ein neues Kapitel der Ausbildungsaktivitäten des ZEI eröffnet worden.

Unter Federführung von Prof. Dr. Koenig begann die Entwicklung des Master of European Regulation of Network Industries (MERNI), eines englischsprachigen Postgraduiertenstudiengangs im Bereich der Netzwirtschaften und verwandter Wirtschaftszweige. Das Programm, welches im September 2007 den Lehrbetrieb aufnehmen wird, soll der stetig steigenden Nachfrage nach Regulierungsexperten, sowohl von Seiten der regulierenden Institutionen wie auch von Seiten der regulierten Unternehmen Rechnung tragen. Während des einjährigen Programms werden regulatorische Fragestellungen europäischen Ursprungs in den Netzwirtschaften Telekommunikation, Strom- und Gaswirtschaft, Eisenbahn- und Luftfahrtwesen sowie Wasserwirtschaft sowohl von juristischer als auch ökonomischer Perspektive beleuchtet und analysiert. Diese Industrien, die im Zuge der europäischen Integration in unterschiedlich hohem Maße Liberalisierungsbestrebungen mit dem Ziel der Schaffung eines Gemeinsamen Marktes unterworfen worden sind, können in der strukturellen Dimension als Netzwerke beschrieben werden. Die aus diesem gemeinsamen Charakteristikum erwachsenden Herausforderungen an den regulatorischen Umgang mit diesen gesellschaftlich wie wirtschaftlich überaus bedeutsamen Industrien hat die Abteilung A des ZEI unter der Leitung von Prof. Dr. Koenig über einen langen Zeitraum bereits begleitet und sich hier national und international den Ruf eines Kompetenzzentrums erworben.

Stand der Entwicklung im Jahr 2006: Da der ursprüngliche Programmstart im September 2006 aufgrund von Abstimmungsschwierigkeiten mit der Universität um ein Jahr verschoben werden musste, kann die Programmleitung - gestützt auf umfangreiche Vorarbeiten - nun den Abschluss der Aufbauphase verkünden. So konnten im vergangenen Jahr die Prüfungsordnung verabschiedet und große Fortschritte bei der Akkreditierung gemacht werden. Nach erfolgreichem Abschluss des Programms wird die Universität Bonn den Teilnehmern den Titel LL.M. (Master of Laws) verleihen. Einzigartig ist dabei die Tatsache, dass ein erster juristischer Abschluss keine Zugangsvoraussetzung für das Programm ist, was die Attraktivität gerade für ausländische Studierende enorm erhöht. Der hierdurch erreichte Zulauf

von Studierenden unterschiedlicher Fachrichtungen unterstreicht einmal mehr den interdisziplinären Ansatz von MERNI.

Wie schon in der Vorbereitung auf den ursprünglichen Programmstart in 2006 ist ein reges Interesse am Master of European Regulation of Network Industries zu verzeichnen. Dabei setzt sich der internationale Trend ungebrochen fort, was sich im Eingang von Informationsanfragen und Bewerbungen aus allen Kontinenten niederschlägt. Dies belegt, dass eine eingehende Behandlung netzwirtschaftlicher Fragestellungen aus europäischer Perspektive auch für andere Staaten, die sich mit der Liberalisierung und Regulierung zentraler industrieller Sektoren konfrontiert sehen, von hoher Wichtigkeit ist.

MERNI und die Regulierungshauptstadt Bonn: Die außergewöhnliche Expertise, wie sie in den Forschungsprojektgruppen der Abteilung A verankert ist, kommt der Konzipierung und laufenden Weiterentwicklung des Programms unmittelbar zugute, indem Forschungsergebnisse in den Unterricht einfließen und die Lehrinhalte kontinuierlich dem sich ändernden Erkenntnisstand der Netzwirtschaftsregulierung angepasst werden. Mit Projektgruppen zum Kommunikationsrecht und Energierecht sowie weiteren Forschungsaktivitäten im Bereich Eisenbahnregulierung ist das Zentrum wie kein anderes in der Lage, den intersektoralen Vergleich wie auch die sektorübergreifende Perspektive der Netzwirtschaftsregulierung voranzutreiben. Die Kooperation mit dem ebenfalls am ZEI beheimateten Studienkreis „Regulierung der Netzwirtschaften“ und den an der Universität Bonn auf diesem Gebiet forschenden Professoren der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät schafft ein einzigartiges Umfeld für den Master of European Regulation of Network Industries, das durch die Nähe zum Bundeskartellamt und zur Bundesnetzagentur vervollständigt wird.

Weitläufige Unterstützung aus Wissenschaft und Praxis: Der innovative Ansatz des MERNI Programms hat in Praxis und Wissenschaft schon jetzt Zuspruch gefunden. So konnte der internationale Lehrkörper, bestehend aus hochkarätigen Dozenten aus Wissenschaft und regulatorischer Praxis, durch die Gewinnung weiterer renommierter Dozenten im Jahr 2006 vervollständigt werden. Eine umfassende Liste einschließlich detaillierter Porträts der Dozenten, die ab September 2007 die Inhalte des Programms vermitteln werden, ist auf der MERNI Webseite abrufbar. Aber auch in der Wirtschaft ist das Konzept wohlwollend aufgenommen worden, so dass der Master of European Regulation of Network Industries bereits heute führende Unternehmen wie PricewaterhouseCoopers, Vodafone, Deutsche Telekom, Deutsche Post World Net, E.ON, EnBW und Verbände wie den Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO e.V.), den Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM e.V.) und den Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste (BIEK e.V.) zu seinen Förderern zählt. Darüber hinaus werden Kontakte zu nationalen Regulierungsbehörden und der Europäischen Kommission unterhalten, die ebenfalls Dozenten in den Studiengang entsenden.

MERNI und das ZEI: Der Master of European Regulation of Network Industries stellt eine gleichermaßen wichtige wie notwendige Neuerung im europäischen Bildungsmarkt dar und ergänzt das vorhandene Ausbildungsangebot des ZEI mit generellem Europabezug um eine Spezialistenausbildung. Unter dem Motto „Educating leaders in regulation“ arbeitet das Team um Prof. Dr. Koenig, das aus dem Geschäftsführer des MERNI, Sascha Loetz, dem Programmkoordinator Karlis

Svikis und dem Programmassistenten Tobias Börger besteht, an der Etablierung des MERNI als Garant für die Exzellenz in der regulatorischen Ausbildung. Es führt dabei, unterstützt durch einen mit Unternehmensvertretern besetzten Beirat und eine akademische Beratergruppe, die Tradition des Zentrums für herausragende Bildungsangebote mit europäischem Bezug fort.

Weitere Informationen zum Studiengang sind im Internet unter www.merni.net verfügbar.

3. BGSE - „Bonn Graduate School of Economics“

Die Junior-Fellows der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche und Soziale Fragen nehmen an dem Promotionsprogramm der „Bonn Graduate School of Economics“ (BGSE) teil. Die BGSE wurde im Jahr 2006 im Rahmen der Exzellenzinitiative der Bundesregierung ausgezeichnet. Prof. Ken Kletzer (University of California, Santa Cruz) unterrichtete als Gastdozent am ZEI einen Doktorandenkurs über internationale Makroökonomik.

Publikationen des ZEI

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Publikationen in Fachzeitschriften und Sammelbänden

Castendyk, Oliver/Dommering, Egbert/ Scheuer, Alexander, European Media Law, The Hague/London/New York, Kluwer Law International, 2006 (Kapitel State Aid: Jens-Daniel Braun, im Erscheinen)

Dahlke, Peter/Neumann, Andreas, „Regulatorischer Jugendwahn? - Die Behandlung „neuer Märkte“ im TK-Recht“, MMR 2006, S. XXII - XXIV

Dahlke, Peter/Neumann, Andreas, „Innovationen und Investitionen durch Regulierung“, CR 2006, S. 377 - 383

Koenig, Christian/Pfromm, René, „Ausschreibungspflicht bei der Entgeltumwandlung?“, BetrAV, 8/2006, S. 724-730

Koenig, Christian, „EG-wettbewerbsrechtliche Grundstandards für Industriestandards“, EWS 11/2006, Editorial

Koenig, Christian/Fechtner, Sonja, „EG-Wettbewerbsrecht versus staatliches Glücksspielmonopol?“, EWS, 12/2006, S. 529 – 536

Koenig, Christian/Hentschel, Kristin, „Der maßgebliche Zeitpunkt der Berücksichtigung rechtswidriger Beihilfen im Vergabeverfahren - Wettbewerbswidrige Verhandlungsinputs eines Beihilfenempfängers im wettbewerblichen Dialog und im Verhandlungsverfahren“, ZfBR, 8/2006, S. 758 – 763

Koenig, Christian/Wetzel, Julia, „Die EuGH-Rechtsprechung zur "Inhouse-Vergabe" öffentlicher Aufträge und ihre neueren Entwicklungen“, IR, 11/2006, S. 248 – 251

Koenig, Christian/Wetzel, Julia, „Beihilfenrückforderung nach einer Neuvergabe der Betriebsführung“, EuZW, 21/2006, S. 653 – 657

Koenig, Christian/Koch, Alexander, „Verwaltung von Städtedomännennamen oberster Ordnung durch Privatunternehmen“, K&R, 11/2006, S. 495 – 500

Koenig, Christian/Hentschel, Kristin / Steiner, Ulrike, „Das vergaberechtliche System der Präqualifikation von Bietern auf dem Prüfstand des Kartellverbots des Artikels 81 Abs. 1 EG“, VergabeR 5/2006, S. 691 – 701

Koenig, Christian/Braun, Jens-Daniel, „Regulatorische Überwachung des eisenbahnrechtlichen Diskriminierungsverbotes“, VR 8/2006, S. 269 – 274

Koenig, Christian/Neumann, Andreas / Senger, Marion, „Gesetzliche Ausgestaltung des regulierungsbehördlichen Ermessens im Telekommunikationsrecht“ MMR 6/2006, S. 365 – 369

Koenig, Christian/Loetz, Sascha / Senger, Marion, „Die regulatorische Behandlung neuer Märkte im Telekommunikationsrecht“ K&R 6/2006, S. 258 – 262

Koenig, Christian/Hentschel, Kristin, „Beihilfenempfänger als Bieter im Vergabeverfahren“, NZBau 5/2006, S. 289 – 295

Koenig, Christian, „Zu guter Letzt...geht es um das Diskriminierungspotential vertikal integrierter Netzbetreiber“, N&R 2/2006, S. 88

Koenig, Christian/Hentschel, Kristin, „Rahmenverträge über Zugtrassenbandbreiten im neuen Eisenbahnrecht“, N&R 2/2006, S. 65-68

Koenig, Christian, „EU-Zugangsrichtlinie: Verteidigt den Umsetzungsspielraum!“, MMR 4/2006, S. 193 – 194

Koenig, Christian, „EG-beihilfenrechtskonforme Beteiligung privater Gesellschaften an gemischt öffentlich-privaten Gemeinschaftsunternehmen“, EuZW 7/2006, S. 203 – 208

Koenig, Christian/Schellberg, Margret, „Strukturvorgaben für die Benutzungsbedingungen für Eisenbahn-Serviceeinrichtungen gem. § 10 I 1 EIBV“, IR 4/2006, S. 84 – 86

Koenig, Christian/Wetzel, Julia, „EG-beihilfenrechtliche Bewertung nachträglicher Änderungen an den Leistungs-/Gegenleistungselementen einer Infrastrukturausschreibung“, EWS 4/2006, S. 145 – 150

Koenig, Christian, „EG-Vergaberecht als ordnungspolitische Waffe?“, EWS 3/2006, S. 1

Koenig, Christian/Pfromm, René, „Zur Vereinbarkeit der Entgeltumwandlung durch kommunale Arbeitgeber gemäß § 6 TV-EUmw/VKA mit dem EG-Vergaberecht“, ZTR 3/2006, S. 123 – 129

Koenig, Christian/Neumann, Andreas / Schellberg, Margret, „Neue Spielregeln für den Zugang zur Eisenbahninfrastruktur als Voraussetzung für chancengleichen Wettbewerb auf der Schiene“, WuW 2006, S. 139 ff.

Koenig, Christian/Klahn, Daniela, „Der Beitritt von Apotheken anderer EG-Mitgliedstaaten zum Rahmenvertrag nach § 129 Abs. 2 SGB V“, GesR 2/2006, S. 58 – 65

Kühling, Jürgen/Neumann, Andreas, Kommentierung zu §§ 25, 26, 39 TKG, in: Berliner Kommentar zum TKG, 2006

Neumann, Andreas, „Entgeltregulierung - ein Vergleich zwischen Strom, Gas und Eisenbahn“, in: Ronellenfisch/Schweinsberg, Aktuelle Probleme des Eisenbahnrechts XI, 2006, S. 155 – 178

Schellberg, Margret/ Spiekermann, Kristin, Anmerkung zum Beschluss des OLG Düsseldorf vom 20. März 2006 - VI-Kart 150/06 (V), N&R 2006, S. 130 ff.

Stelzner, Peter/ Koenig, Christian/ Spiekermann, Kristin, „Sicherstellung unbundling-konformer Geschäftsprozesse in vertikal integrierten EVU“, ET 2006 (Heft 4), S. 36 ff.

Buchbeiträge

Hentschel, Kristin, Die Vereinbarkeit der deutschen Kulturförderung mit dem Beihilfenrecht der EG, Frankfurt 2006, Peter Lang Verlag, 331 Seiten, ISBN 3631558244

Haratsch, Andreas/Koenig, Christian / Pechstein, Matthias, Europarecht, 5., völlig neu bearbeitete Auflage, Tübingen 2006, Mohr Siebeck Verlag, 563 Seiten, ISBN 3-16-148922-5

Koenig, Christian/Kühling, Jürgen/ Rasbach, Winfried, Energierecht (unter Mitarbeit von Margret Schellberg), Frankfurt 2006, Verlag Recht und Wirtschaft, 220 Seiten, ISBN 3-8252-2738-3

Abteilung “Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen”

ZEI Discussion Paper

C 155/2006 Valeria Marziali: Lobbying in Brussels – Interest representation and Need for Information

C156/2006 Nina Eschke/Thomas Malick (eds.): The European Constitution and its Ratification Crisis – Constitutional Debates in the EU Member States

C157/2006 Ludger Kühnhardt: European Integration: Challenge and Response – Crises as Engines of Progress in European Integration History

C158/2006 Andreas Marchetti: The European Neighbourhood Policy – Foreign Policy at the EU’s Periphery

C159/2006 Thomas Demmelhuber: The Euro-Mediterranean Space as an Imagined (Geo-) political, Economic and Cultural Entity

C160/2006 Emil Mintchev/Janusz Musial: Stabilität durch Bildung – Die Fortbildungsprojekte des „Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ (ZEI) in Südosteuropa (1999 – 2006)

C161/2006 Jürgen Mittag: Escaping the Legitimacy–Accountability-Trap? – Perspectives of Parliamentary Participation in European Security and Defence Policy

C162/2006 Cordula Janowski: Globalization, Regional Integration and the EU – Pleadings for a Broader Perspective

C163/2006 Swetlana Pogorelskaja, Die Bedeutung der deutschen parteinahen Stiftungen für die EU-Politik gegenüber den MOE und GUS-Staaten

C164/2006 Wolfram Hilz, Deutschlands EU-Präsidentschaft 2007 – Integrationspolitische Akzente in schwierigen Zeiten

C165/2006 Franz-Josef Meiers, Zwischen Partnerschaft und Widerspruch – Die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit dem 11. September 2001

C166/2006 Christina Tings, The new German European Policy – Challenges to Decentralised EU Policy Coordination

Publikationen in Fachzeitschriften und Journalen

Kühnhardt, Ludger: Europas Verfassungsidentität, in: Zeitschrift für deutschsprachige Kultur und Literaturen, No.15, 2006, Seoul National University, Seoul, Korea, S. 391-425 (mit koreanischer Zusammenfassung). Erschienen auch als Research Paper „Europas Verfassungsidentität“ der Seoul National University

Kühnhardt, Ludger: Perspektiven der Europäischen Union, in: Außerschulische Bildung, 1-2006, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V., Berlin, S. 6-12

Kühnhardt, Ludger: European Integration: Challenge and Response, Crises as Engines of Progress in European Integration History, ZEI Discussion Paper C 157/2006, Bonn, (Zentrum für Europäische Integrationsforschung), 22 Seiten

Kühnhardt, Ludger: The Pope and Turkey, in: AICGS Monitor (American Institute for Contemporary German Studies, Washington D.C.), 7. Dezember 2006, online unter: 222.aicgs.org/analysis/c/kuehnhardt120706.aspx

Andreas Marchetti: The European Neighbourhood Policy. Foreign Policy at the EU's Periphery (ZEI Discussion Paper C 158), Bonn 2006, 29 Seiten

Andreas Marchetti: "Widening without Enlarging. The European Neighbourhood Policy and the South Caucasus", in: Turkish Policy Quarterly 5,1 (2006), S. 65-77

Andreas Marchetti: "Les militaires prussiens contre la Russie (1871-1892)", in: Thomas Lindemann / Michel Louis Martin (Hrsg.): Les militaires et le recours à la force armée. Faucons, colombes?, Pouvoirs comparés, Paris: Harmattan 2006, S. 63-70

Andreas Marchetti: ZEI EU-Turkey-Monitor 2,1/2,2/2,3 (2006) (mit Volkan Altıntaş)

Andreas Marchetti: Auswärtiges Amt (Hrsg.): 50 Argumente für Europa, Berlin 2006

Andreas Marchetti: "The Negotiating Framework for Turkey. Major Provisions and Misperceptions", in: ZEI EU-Turkey-Monitor 2,1 (2006), S. 1-2

Andreas Marchetti: "The Screening Process - Initiating Negotiations", in: ZEI EU-Turkey-Monitor 2,1 (2006), S. 3 (mit Volkan Altıntaş)

Andreas Marchetti: "The Actual Start of Negotiations. Ahead of schedule, behind expectations?", in: ZEI EU-Turkey-Monitor 2,2 (2006), S. 1-2 (mit Volkan Altıntaş)

Andreas Marchetti: "Turkey and the finalité géographique of the EU, in: ZEI EU-Turkey-Monitor 2,2 (2006), S. 7

Andreas Marchetti: „The Commission’s Report on Turkey. Where ist he Progress?“, in: ZEI EU-Turkey-Monitor 2,3 (2006), S. 1-2

Andreas Marchetti: Alexandre Wattin: Die deutsch-französischen Gipfeltreffen im Zeitraum 1991-2002, Bonn: Europa Union 2003, in: Neue Politische Literatur 50,2 (2005), S. 349-350

Emil Mintchev/ Janusz Musial: Stabilität durch Bildung. Die Fortbildungsprojekte des „Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ (ZEI) in Südosteuropa (1999-2006). ZEI-Discussion Paper C 160

Zimmek, Martin: Kolumne für die peruanische Tageszeitung „El Peruano“ am 25. Mai 2006 zum VI. EU-LAC Gipfel in Wien

Zimmek, Martin: Auswärtiges Amt (Hrsg.): 50 Argumente für Europa, Berlin 2006.

Zimmek, Martin: „La EU como modelo“, in: Deutschland Magazin, Auslandszeitschrift der Bundesrepublik Deutschland, Dezember 2006, S. 35

Buchbeiträge

Mintchev, Emil: „Der Verhandlungsprozess der EU mit Bulgarien“ für den Sammelband „Bulgarien und Rumänien vor den Toren der EU“

Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“

Jürgen von Hagen und Mark Hallerberg, "Budget Processes in Poland: Promoting Fiscal and Economic Stability." Warsaw, Ernst and Young Better Government Program, 2006

Jürgen von Hagen und Paul Seabright: "The Economic Regulation of Broadcasting Markets" Cambridge, Cambridge University Press in press

Jürgen von Hagen (Hrg): "Macro Fiscal Policies: New Perspectives and Challenges. A Collection of pers from the 61st Congress of the International Institute of Public Finance", International Tax and Public Finance, 13:4, Special Edition, 2006

Jürgen von Hagen (Hrg): "Perspectives on Economic, Monetary, and Financial Integration", Open Economies Review Special Edition, 17, S. 4-5

Jürgen von Hagen: "Fiscal Rules and Fiscal Performance in the EU and Japan", Monetary and Economic Studies 14, 2006, S. 25-60

Jürgen von Hagen und Haiping Zhang: "Financial Liberalization in a Small Open Economy", Open Economies Review, 17, 4-5, 2006, S. 373-98

Jürgen von Hagen: "Are Fiscal Spending Rules Effective", Wirtschaftspolitische Blätter, 53:1, 2006, S. 7-19

Jürgen von Hagen und Mark Hallerberg: "Koalicja na rzecz dobrego budżetu", Gazeta Wyborcza, 20. 5, 2006

Jürgen von Hagen und Mark Hallerberg: "Szwedzka lekcja" (with Mark Hallerberg), Newsweek, Polish edition, 27, 8, 2006

Jürgen von Hagen und Lars P. Feld: "Roads to Reform of German Federalism", in Raoul Blindenbacher and Abigail Ostien Karos (eds.), Dialogues on the Practice of Fiscal Federalism, Comparative Perspectives, Booklet Series 4, Forum of Federations, 2006.

Michael Evers: "Fiscal Transfers in Monetary Unions: A NOEM Approach." International Tax and Public Finance, 13:4, 2006, S. 463-89

Vorträge

Prof. Dr. Christian Koenig, LL.M.

27. März 2006

Arbeitskreissitzung „Netzzugang und Entgeltregulierung“, ZEI, Bonn

25. April 2006

Internationale wissenschaftliche Konferenz der BNetzA „Anreizregulierung in der deutschen Strom- und Gaswirtschaft – Effizienz und Zuverlässigkeit als Maßstab“, Rheinhotel Dreesen, Bad Godesberg

02. Mai 2006

Energiegespräche des Studienkreises Netzwirtschaften, Petersberg bei Bonn

11. Mai 2006

Teilnehmer am O2 Panel: „Was will Deutschland in Europa? Gesellschaft, Wirtschaft und Politik auf der Suche nach einer Vision“ E-Werk, Berlin

18./19. Mai 2006

4th Annual Experts' Forum of the EStAL Institute, Institute Concert Noble, Brüssel

23. Mai 2006

1. Arbeitskreissitzung Schiene, ZEI, Bonn

02. Juni 2006

Euroforum Beihilfenkonferenz, Düsseldorf

08. Juni 2006

Vortrag: „Beihilfenempfänger als Bieter im Vergabeverfahren“, Vergaberechtstag, Düsseldorf

28. August 2006

VATM-Professorengespräch Telekommunikation, Günnewig Rheinturm, Restaurant Top 180, Düsseldorf

04. September 2006

Symposium „Rechtliche Aspekte Regulierungsverfügung“, O2 (Germany) GmbH & Co. OHG, Berlin

06. September 2006

Vortrag beim Eisenbahnrechtstag, Tübingen

14.-18. September 2006

33rd Fordham Antitrust Conference, New York

25. Oktober 2006

Vortrag „Standardisierung versus Wettbewerbsrecht“ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin

26. Oktober 2006
Energierichtsvortrag, Institut für Energierecht, Köln

17. November 2006
Vortrag bei der Konferenz, „The Law of EC State Aid“, King’s College, London

29. November 2006
Energiegespräche des Studienkreises Netzwirtschaften, Berlin

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

18. Oktober 2005 – 21.07.2006
Gastprofessur in Oxford: St. Antony’s College, Oxford

20.01.2006
Vortrag “European Union: Success through Crisis”, St. Antony’s College, Oxford

14. – 15. Februar 2006
Gastprofessur an der Diplomatischen Akademie Wien zum Thema “Deutschlands Rolle in der EU”, Diplomatische Akademie, Wien

10. März 2006
Teilnahme an der Sitzung des Academic Committee des „Europaeum“, Oxford

23. – 25. März 2006
Teilnahme an der 56th Königswinter Conference, „Europe: Leaderless and Drifting“ an der Oxford Said Business School. Oxford

31. März 2006
Teilnahme an der Frühjahrssitzung der Expertengruppe für europäische Fragen der Deutschen Bischofskonferenz im Tagungszentrum Katholische Akademie, Berlin.
Berlin

05. April 2006
Vortrag „The Global Role of Europe“ im „Leading Scholars Program“ von ASERI
Mailand

05. – 07. April 2006
Gastprofessur: Alta Scuola Di Economia E Relazioni Internazionali – Università Cattolica Del Sacro Cuore. Zum Thema “Turning Points in European Integration History”, Mailand

28. April 2006
Podiumsdiskussion „The German Grand Coalition“, St. Antony’s College, Oxford

04. – 06. Mai 2006
Vortrag “Welfare Systems: Contrastino Models”, Internationale Konferenz des Centro Nazionale Di Prevenzione E Difesa Sociale (CNPDS), Stresa

29./30. Juni 2006

Vortrag: "The EU and the Perspective of EU Membership", Internationale Konferenz des Turkish Foreign Policy Institute, Ankara

14.-17. August 2006

Studienreise als Mitglied einer Delegation des Europäischen Parlaments nach Spanien zum Thema der islamischen Migration in die EU

31. August 2006

Moderation des Abschlusspanels der „Young Leader’s Conference“ der „Atlantik-Brücke“, Hamburg

12. September 2006

Vortrag "Europa und der Nahe Osten", Wilhelm-Böhler-Klub e.V., Bonn

20.-29. September 2006

Informationsgespräche und Feldforschung in den Institutionen der CARICOM (Caribbean Community)

25. September 2006

Vortrag „European Integration and the global presence of Europe“, Paramaribo
Lim a Po Institute for Social Sciences

26. September 2006

Vortrag "European Integration and the global presence of Europe", Port of Spain
University of West Indies, Institute for International Relations

11. November 2006

Vortrag „Europas zweite Gründung – Die Chance der Verfassungskrise“ bei dem
Bundeskongress der Pan-Europa-Jugend Deutschland, Wiesbaden

14. November 2006

Teilnahme an einem Roundtable mit Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers zu den
Herausforderungen der Zukunft, Staatskanzlei NRW, Düsseldorf

29. November 2006

Teilnahme an dem Beraterkreis „NRW-Europapolitik“ mit Europa-Minister Michael
Breuer, Staatskanzlei NRW, Düsseldorf

06. Dezember 2006

Teilnahme an einem Expertengespräch zur Vorbereitung der deutschen EU-
Ratspräsidentschaft im Kanzleramt unter Leitung von Frau Bundeskanzlerin Dr.
Angela Merkel, Berlin

Andreas Marchetti

23./24. März 2006

Teilnahme am Roundtable Expertengespräch: „Neue deutsche Außenpolitik –
Herausforderungen, Szenarien, Strategien“, Hanns-Seidel-Stiftung, Wildbad Kreuth

April 2006

Informationsgespräch am ZEI mit Benjamin Didszuweit, Master Fellow, Erasmus University, Rotterdam, Bonn

15. Mai 2006

Vortrag am ZEI zum Thema „Europäische Außen- und Sicherheitspolitik“ für eine studentische Besuchergruppe der Ateneo Universität, Manila, Bonn

10. Juni 2006

Telefonisches Kurzinterview zum Beginn tatsächlicher Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei am 12.06.2006, Deutsche Welle, Bonn

13. Juni 2006

Vortrag am ZEI zum Thema „Die Europäische Nachbarschaftspolitik. Zwischen Annäherung und Abschottung“, ZEI-Europadialog, Bonn

01. Juli 2006

Deutsche Welle digital – Europamagazin, Interview zur finnischen Ratspräsidentschaft

04. September 2006

„Deutschland, Polen und die EU“, Polnische Austauschschüler, Ernst-Kalkuhl-Gymnasium, Bonn

19. September 2006

„Die Europäische Union: Institutionen und Entscheidungsprozesse vor dem Hintergrund des Verfassungsvertrags“, Seminar der Karl-Arnold-Stiftung für Soldaten der Bundeswehr: „Die Erweiterung der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung der Türkei als Beitrittskandidat“, Königswinter

24.-29. September 2006

German-French-Polish Autumn Forum: “The European Union and its neighbours: Designing a European Neighbourhood Policy”, Stiftung Genshagen, Genshagen

06. Oktober 2006

“The EMP in the ENP-Framework: Strengthening the EU and neighbours” in Arbeitsgruppe II: “The Challenges of current Crises and their Impact on the EMP” im Rahmen der EuroMeSCo 2006 Annual Conference: “Paths to Democracy and Inclusion within Diversity”, Istanbul

10. Oktober 2006

„Die Europäische Union. Werden und Weiterentwicklung“, Deutsch-französische Seminarreihe zur Europäischen Union des Goethe-Instituts Taschkent, Weltsprachenuniversität, Fakultät für Germanistik, Taschkent

11. Oktober 2006

„Die Europäische Union: Strukturen, Entwicklungen, Antriebskräfte. Politische Dimensionen der Integration“, Deutsch-französische Seminarreihe zur Europäischen Union des Goethe-Instituts Taschkent, Akademie für Staats- und Gesellschaftsaufbau, Taschkent

23. Oktober 2006

„Die geostrategische Bedeutung eines Türkeibeitritts für die EU“, Seminar der Theodor Heuss Akademie: „Die Türkei im europäischen Integrations- und Erweiterungsprozess“, Gummersbach

06. November 2006

„Is Russia a Neo-Imperial or Post-Imperial Actor?“, Institut Français des Relations Internationales, Paris

08. November 2006

radioeins – der Tag, 16:45, Telefonisches Kurzinterview über den Fortschrittsbericht der Kommission zur Türkei

08. Dezember 2006

„Greater Middle East: Greater Crises, Greater Solutions?“, European Union Institute for Security Studies, Paris

11. Dezember 2006

Deutsche Welle – Interview zu den Perspektiven für das europäische Verfassungsprojekt unter deutscher Ratspräsidentschaft

Dr. Emil Mintchev

11. - 17. Februar 2006

Vorlesungen im Rahmen der Fliegenden Fakultät des ZEI an dem Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrum (BRIE) in Rousse, Bulgarien
Rousse

06. April 2006

Interview für das WDR Rundfunkprogramm über die Problematik der EU Mitgliedschaft Bulgariens und Rumäniens

28. April – 07. Mai 2006

Vorlesungen und Prüfungen am Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrum (BRIE)
Rousse

Janusz Musial

11. - 17. Februar 2006

Vorlesungen im Rahmen der Fliegenden Fakultät des ZEI an dem Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrum (BRIE), Rousse

Martin Zimmek

15. Mai 2006

Vortrag am ZEI für Studenten der Ateneo Universität Manila am 15. Mai mit anschließender Diskussion zum Thema „Global Regionalism“, Bonn, Deutschland

25. Mai 2006

Telefonisches Informationsgespräch mit Julio Panduro, Journalist der peruanischen Nachrichtenagentur „Agencia Andina“, über die Konsequenzen des von Hugo Chávez proklamierten Rücktritts Venezuelas aus der Andengemeinschaft.

History”,

Ankara

20.-29. September.2006

Informationsgespräche und Feldforschung in den Institutionen der CARICOM (Caribbean Community)

Veranstaltungen

Konferenzen

11. – 17. Februar 2006

„Fliegende Fakultät“, Bulgarisch-Rumänisches Interuniversitäres Europazentrum (BRIE), Rousse, Bulgarien
FG V „Europas Rolle in der Welt“

27. März 2006

Arbeitskreissitzung Netzzugang und Entgeltregulierung“, ZEI, Bonn

25. April 2006

Internationale wissenschaftliche Konferenz der BNetzA „Anreizregulierung in der deutschen Strom- und Gaswirtschaft – Effizienz und Zuverlässigkeit als Maßstab“, Rheinhotel Dreesen, Bad Godesberg

02. Mai 2006

Energiegespräche des Studienkreises Netzwirtschaften, Petersberg bei Bonn

23. Mai 2006

Tagung der Konsortialpartner des „BRIE“- Projektes, Frankfurt am Main, Deutschland
FG V „Europas Rolle in der Welt“

23. Mai 2006

1. Arbeitskreissitzung Schiene, ZEI, Bonn

Summer School

Juli 2006

9. ZEI International Summer School in Monetary and Macroeconomics, Physikzentrum Bad Honnef. Rund 30 fortgeschrittene Doktoranden, Postdocs und Zentralbankökonominnen aus Deutschland, anderen europäischen Ländern, den USA und Japan nahmen an der Summer School teil und präsentierten ihre Forschungsarbeiten. Dozenten der Summer School waren Prof. Harald Uhlig (Humboldt Universität) und Prof. Michael Devereux (University of British Columbia).

ZEI-Europadialog

In diesem Rahmen finden am ZEI in regelmäßigem Turnus Vortragsveranstaltungen mit namhaften Wissenschaftlern, Politikern, Diplomaten und Publizisten zu Themenstellungen im Zusammenhang mit den Schwerpunkten der Forschungsgruppen statt.

28. Februar 2006

„Die schwierige OSZE Mission in Belarus“, Eberhard Heyken

25. April 2006

„Zum Scheitern verurteilt - Staaten lassen sich nicht von außen aufbauen“, Dr. Thomas Speckmann

16. Mai 2006

„Montenegro. Referendum for Independence and European Perspectives“. Mladen Dragasevic

30. Mai 2006

„Die EU nach der Osterweiterung – Nachlassen der Integration?“, Prof. Dr. Martin Seidel

13. Juni 2006

„Die Europäische Nachbarschaftspolitik. Zwischen Annäherung und Abschottung“. Andreas Marchetti

27. Juni 2006

„Die deutsch-polnischen Beziehungen nach der Gründung der Regierungskoalition in Polen“, Andrzej Kaczorowski, Generalkonsul der Republik Polen in Köln

24. Oktober 2006

„China und das Nordkorea-Problem“, Prof. Dr. Xuewu Gu, Leiter der Sektion Politik Ostasiens an der Universität Bochum

28. November 2006

„Die Sicherheitspolitik Europas – Rückblick und Perspektiven“
Jörk Reschke, Flottenadmiral a.D.; Präsident EuroDefense Deutschland

Wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Leitung: Prof. Dr. Christian Koenig

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Jens-Daniel Braun	seit 01.06.2001
Simon Ciszewski	seit 21.08.2006
Sonja Fechtner	seit 01.10.2006
Kristin Hentschel	seit 01.08.2002
Krzysztof Jaros	seit 02.05.2005
Daniela Klahn	seit 01.12.2001
Andreas Neumann	seit 01.9.1999
Margret Schellberg	seit 01.01.2005
Kristina Schreiber	seit 18.09.2006
Marion Senger	seit 01.12.2005
Kristin Spiekermann	seit 01.05.2005
Karlis Svikis	seit 01.07.2005
Julia Wetzel	seit 02.05.2005

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Barbara Hurter seit 15.04.2000

Studentische/Wissenschaftliche Hilfskräfte

Martin Hohn
Vera Henrike Oertel
Annika Reverts
Caroline Schulte-Drüggelte

Senior Fellows

Dr. Andreas Bartosch, Haver & Mailänder, Brüssel (seit 1999)
Dr. Wilhelm Eschweiler, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Bonn (seit 1999)
Prof. Dr. Klaus W. Grewlich, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Baku (seit 1999)
Univ.-Prof. Dr. Jürgen Kühling, Universität Karlsruhe (TH) (seit 2005)
Dr. Alexander Koch, IRNIK, Bonn
Sascha Loetz, MERNI, Bonn
Dr. Eva-Maria Müller, Humboldt-Universität Berlin
Renè Pfromm, Bonn
Dr. Antje Pieper, Berlin (seit 1999)

Dr. Nicolai Ritter, CMS Hasche Sigle, Berlin
Dr. Thomas Tschentscher LL.M., Freshfields Bruckhaus Deringer, Frankfurt a. M.
(seit 1999)
Dr. Benedikt Wemmer, Moers & Collegen, Berlin (seit 1999)
Dr. Wilhelm Wemmer, Ministerialdirigent a. D., Bonn (seit 2000)

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Leitung: Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Für den Zeitraum September 2006 bis Oktober 2008 hat Prof. Dr. Ludger Kühnhardt die Aufgabe des Geschäftsführenden Direktors des ZEI übernommen.

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Dr. Emil Mintchev	07.09. 2000 bis 30.06.2006
Janusz Musial	01.10. 2002 bis 30.06.2006
Andreas Marchetti	seit 03.01.2005
Martin Zimmek	seit 03.01.2005
Ariane Köslér	seit 03.07.2006

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Ingrid Maldonado	seit 01.01.2000
------------------	-----------------

Studentische/Wissenschaftliche Hilfskräfte

Wiebke Drescher
Esra Herzog
Wecke Petersen
Sylvia Schuchardt
Michael Stahl

Praktikanten

Dafina Dimitrova
Antje Orth
Pavel Sobora
Sören Stein

Senior Fellows und Junior Fellows der Forschungsgruppe „Europas interne Dimension“

Permanent Senior Fellows

Dr. Peter Cullen, Europa-Institut Edinburgh/Europäische Rechtsakademie Trier

Prof. Dr. Jürgen Elvert, Universität zu Köln
Prof. Dr. Petr Fiala, Masaryk Universität Brunn
Prof. Dr. Michael Gehler, Universität Innsbruck
Prof. Dr. Lothar Hönnighausen, Universität Bonn
Prof. Dr. Rudolf Hrbek, Eberhard-Karls-Universität Tübingen
Prof. Dr. Karl Magnus Johansson, University College of Southern Stockholm
Prof. Dr. Lutz Käppel, Universität Kiel
Prof. Dr. Dobrin Kanev“, New Bulgaria University
Romain Kirt, Conseiller de Gouvernement, Luxemburg
Dr. Atis Lejins, Latvian Institute of International Relations
Uwe Leonardy, Ministerialrat a.D.
Prof. Dr. Peter Leslie, Queen’s University Ontario
Prof. Dr. Henri Ménudier, Universität Sorbonne III, Paris
Prof. Dr. Edward Moxon-Browne, University of Limerick, Irland
Dr. Alvydas Nikzentaitis, Institut zur Geschichte Litauens
Dr. Ronald Pohoryles, Interdisziplinäres Forschungszentrum Sozialwissenschaften
Wien
Botschafter a.D. Janusz Reiter, Institut für Internationale Studien, Warschau
Dr. Frank Ronge, Deutsche Bischofskonferenz Bonn
Prof. Dr. Wolfgang Schmale, Universität Wien
Prof. Dr. Walter Schweidler, Ruhr-Universität Bochum
Prof. Dr. Wolfgang Wessels, Universität zu Köln
Prof. Dr. Matti Wiberg, University of Tampere

Visiting Senior Fellows

Dr. Tihomir Cipek, Universität Zagreb
Dr. Jürgen Mittag, Ruhr-Universität Bochum
Dr. Svetlana Pogorelskaya, Akademie der Wissenschaften der Russischen
Föderation, Moskau

Junior Fellows

Matthias Belafi
Janusz Musial

Senior und Junior Fellows der Forschungsgruppe „Europas Rolle in der Welt“

Permanent Senior Fellows

Prof. Dr. Jeremiah Alberg, Sophia University Tokyo
Prof. Dr. Hüseyin Bagci, Middle East Technical University Ankara
Prof. Dr. Thomas Banchoff, Georgetown University
Prof. Dr. Dai Bingran, Center of European Studies, Fudan University, Shanghai
Dr. Erhard Busek, Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, Wien
Dr. Stephan Calleya, Mediterranean Academy of Diplomatic Studies, Malta
Botschafter a.D. Hans-Jörg Eiff, „Technical Assessment Mission Belgrad“
Dr. Gabor Erdödy, Botschafter Ungarns am Vatikan
Prof. Dr. Stefan Fröhlich, Universität Erlangen

Prof. Dr. Xuewu Gu, Ruhr-Universität Bochum
Prof. Dr. Arnim Heinen, RWTH Aachen
Dr. Jackson Janes, American Institute for Contemporary German Studies
Dr. Michael Köhler, Europäische Kommission, Brüssel
Dr. Aschot Manutscharjan, Freier Publizist
Dr. Carlo Masala, NATO Defense College, Rom
Prof. Dr. Jun Nishikawa, WASEDA University, Tokyo
Dr. Ghia Nodia, The Caucasian Institute for Peace, Tblissi
Prof. Dr. Lothar Rühl, Universität zu Köln
Prof. Dr. Holm Sundhausen, Humboldt Universität Berlin
Dr. Alvaro di Vasconcelos, Institut für Strategische und Internationale Studien,
Lissabon
Prof. Dr. Moon Woo-Sik, National University, Seoul
Prof. Dr. Xiaobao Yan, Modern Management Center Shanghai

Visiting Senior Fellows

Botschafter a.D. Dr. Geert Ahrens, OSZE/ODIHR-Wahlbeobachter
Prof. Dr. Hüseyin Bagci, Middle East Technical University, Ankara
Prof. Dr. Tang Shaocheng, University of Taiwan
Prof. Dr. Ruey-Chyi Hwang, University of Taiwan, Academia Sinica
Dr. Quiang Xin, Beijing University
Prof. Dr. Jian Shi, Sichuan University, Chengdu

Junior Fellows

Thomas Demmelhuber
Andreas Marchetti
Ariane Köstler
Tilo Wagner
Daniela Vogt
Martin Zimmek

Visiting Junior Fellows

Volkan Altintas, Akdeniz University, Antalya

Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit“

Leitung: Prof. Dr. Jürgen von Hagen

Fellows

Ernesto Crivelli
Michael.Evers
Eva Kippenberg

Lin Lin
Rudolf Maier
Arttu Makipaa
Susanne Mundschenk
Birgit Schmitz
Boyan Tonkov
Daniela Treutlein
Haiping.Zhang
Alan Zhengsheng

Senior Fellows

Klaus Bünger
Dr. Valeriya.Dinger
Dr. Tim Mennel
Dr. Robin Pope
Prof. Dr. Martinus Seidel
Dr. Klaas Staal
Dr. Iulia Traistaru

Nonresident Senior Fellows

Dr. Lutz Arnold
Dr. Kerstin Bernoth
Dr Matthias Brückner
Dr. Debajyoti Chakrabarti
Dr. Eric Crampton
Dr. Jan Fidrmuc
Prof. Dr. Johannes Frerich
Prof. Dr. Roy Gardner
PD Dr Matthias Göcke
Dr. Robert Grassinger
Dalia Grigonyte
Bartlomiej Gurba
Prof. Dr. Mark Hallerberg
Dr. Bernd Hayo
Dr. Tai-kuang Ho
Dr. Boris Hofmann
Julius Horvath, Ph.D.
Anna Iara
Dr. Bernd Kempa
Prof. Dr. Ali Kutan
Stefan Lutz, Ph.D.
Robert MacCulloch, Ph.D.
Prof. Ronald Moomaw (Ph.D.)
Prof. Dr. Lucjan T. Orłowski
Dr. Matthias Paustian
Prof. William Pyle
Dr. Isa Scheunpflug
Dr. Paul Schure
Prof. Dr. Reinhard Selten
Kenneth Smith, Ph.D.

Dr. Rolf Strauch
Prof. Gabriele Tondl
Dr. Birgit Uhlenbrock
Dr. Christian Volpe Martincus
Dr. Christopher J. Waller
Kirsten Wandschneider, Ph.D.
Christian Weller, Ph.D.
Dr. Katrin Wesche
Dr. Guntram Wolff
Dr. Jennifer Wu
Dr. Jizhong Zhou